Breslauer
Jüdisches Gemeindeblatt
Amtliches Blatt der Synagogengemeinde zu Breslau

Schriftleitung: Verwaltungsdirektor Dr. Rechnitz, Breslau, Wallstraße 9 | Druck und Anzeigen-Annahme: Druckerei Th. Schatzky Aktiengesellschaft,
Verlag: Büro der Synagogengemeinde, Breslau, Wallstr. 9 / Tel. 21611/12 | Breslau 5, Neue Graupenstraße Nr. 7 / Fernsprecher 24468 u. 24469

Anzeigenpreis: Die 6 gesp. Millimeter-Zeile oder deren Raum 16 Pfg. — Bei laufenden Aufträgen Rabatt.

Für die unter dem Namen des Verfassers erscheinenden Artikel und die Vereinsnachrichten übernehmen wir nur die pressegesetzliche Verantwortung

6. Jahrg. April 1929 Nr. 4

Zur Jahrhundertfeier der Storchsynagoge am 23. April (20. Nissan) 1929

Von Rabbiner Dr. Heppner.

Auf geschichtlichem Boden, dort, wo das Gotteshaus des reichsten und angesehensten Mannes der Breslauer Judenschaft, des Münzlieferanten Philipp Lazarus Hirschel einst stand, wo dieser bei der Explosion des Pulverturmes am 21. Juni 1749 sein Leben verlor, in dem Hause, in welchem der Landrabbiner Joseph Jonas Fraenckel, der Großvater des Breslauer Philanthropen, gelebt und gelehrt hat und wo heute die Synagoge „zum Tempel" steht, wurde von dem damaligen Besitzer des Hauses, dem Bau-Assistenten Johann Gottlieb Eik, für die i. J. 1780 gegründete „Gesellschaft der Brüder" ein Gotteshaus erbaut, für 20 Jahre vermietet und am Sonntag, dem 23. Oktober 1796 (Hoschana rabbah) feierlichst eingeweiht. Aber unangemessene Mietserhöhung und die ständige Zunahme der Besucher dieser Synagoge erweckten schon im Jahre 1817 den Wunsch nach einer größeren und würdigeren Andachtsstätte.[1] Und von seiten der Regierung wurde dieses Verlangen mit Eifer und Nachdruck unterstützt; aber aus einem ganz anderen Grunde. Hatte man doch hier das Bestreben, die kleinen Synagogen einzuschränken oder ganz zu schließen! Und so erging am 10. August 1819 ein Schreiben des Innenministeriums an die Breslauer Regierung und von dieser an die Aeltesten der Gemeinde, daß „nach der ausdrücklichen Anordnung des Königs Majestät besondere Bethäuser und Privat-Synagogen der Juden nicht statt finden sollen und, um die in dortiger Stadt befindlichen Bethäuser eingehen zu lassen, die Allerhöchste Erlaubniß ertheilt ist, daß sich die Judenschaft daselbst eine große, zum allgemeinen Gottesdienst geräumige Synagoge erbauen kann. Die Königl. Regierung hat daher die Judenschaft anzuhalten, die Synagoge in einem verhältnißmäßig festzusetzenden Termine aufzubauen, damit dann die Bethäuser eingehen können." Aber so schnell, wie dies von oben gewünscht wurde, konnte sich die Gemeinde nicht entschließen; denn die Zeiten waren schlecht, der Bau einer großen Synagoge war eine sehr kostspielige Sache, und außerdem befürchtete man, daß die Regierung für das neue Gotteshaus einen Kultus wünschen oder gar vorschreiben werde, der dem altüberlieferten zuwiderläuft. Ganz besonders äußerten sich dagegen Abraham Moses Hirschel und Hirschel Löbel Köbner, die beiden Vorsteher der Glogauer-Schul, da diese erst vor kurzem mit einem Aufwand von 860 Talern auf eigene Kosten erbaut worden war, der Kontrakt mit der Besitzerin des Hauses noch 10 Jahre laufe und sie es daher nicht zugeben können, daß die „Schul" nun eingehe. Aber die Regierung ließ nicht locker und drängte weiter; es wurde unter dem 18. April 1820 den Vorstehern und Aeltesten der Juden-Gemeinde einfach mitgeteilt, „ohne weiteren Verzug einen den Allerhöchsten Bestimmungen genügenden Beschluß zu fassen und dafür zu sorgen, daß der Bau binnen spätestens 2 Jahren vollendet ist, indem nach Verlauf dieser Frist die noch bestehenden Betstuben hierselbst unfehlbar ohne weiteres geschlossen werden." Man verhandelte daher, um zum Ankauf eines geeigneten Platzes und zur Beschaffung der Baumaterialien wenigstens einen Teil der erforderlichen Gelder zur Verfügung zu haben, mit den einzelnen „Beth-Schulen", und diese entschlossen sich endlich zu folgenden Beiträgen:

[a) Geschenk, b) zinsloses und c) zu verzinsendes Darlehn.]

	a)	b)	c)	
Landschul	145	530	—	Taler
Gesellsch. d. Brüd.	367	4735	1375	"
Lissaer Schul	72	950	—	"
Lemberger Schul	72	190	—	"
2. Brüderschaft	285	50	—	"
Zülzer Schul	140	210	—	"
Lithauer Schul	96	160	—	"
eh. Benj. Jacob'sche	45	—	150	"
Marc. Raphael'sche	60	—	—	"
Jos. May'sche	180	—	—	"
zusammen	1462	6825	1525	im ganz.: 9812 Tal.[2])

Alte Synagoge (Storchsynagoge), Wallstraße 7

Auch an die Gemeinde-Mitglieder trat man mit einem gedruckten, vom 7. September 1820 datierten Zirkular[3]) heran, teilte mit, daß man auf die Stellen in der zu erbauenden Synagoge „pränumerieren“ könne, daß jene in 32 Abstufungen zum Preise von 300—30 Talern zu haben seien und daß der Kaufpreis in 8 Terminen, beginnend mit dem 1. 12. 1820 und endigend mit dem 1. 6. 1824 zu zahlen sei. Für die, auf diese Weise eingegangenen Gelder wurde nun, vorbehaltlich der Genehmigung der Kgl. Regierung und der Gemeinde-Mitglieder, von Jakob Silberstein der sogenannte Wernergarten mit den dazu gehörigen Häusern und das angrenzende Grundstück „zum weißen Storch“ mit dem darauf im Bau befindlichen Hause und den vorhandenen Baumaterialien für den Preis von 26749 Talern gekauft. Und nun geschah etwas, was man schwerlich erwartet hatte: die Genehmigung der Regierung ging selbstverständlich ein, aber von den 1001 stimmberechtigten Gemeindemitgliedern gaben nur 534 ihre Stimme ab, und von diesen verweigerten 318 Personen ihre Zustimmung zum Bau der Synagoge. Der Kauf mußte daher rückgängig gemacht und die bereits gezahlten Gelder zurückerstattet werden; es kam sogar zu einem Prozeß der Gemeinde gegen Silberstein. Rabbi Salomon Tiktin bemühte sich sehr, eine Einigung herbeizuführen, und diese muß wohl auch zustande gekommen sein.[4]) Aber die Hauptsache, der Bau unterblieb, bis nach einigen Jahren Silberstein auf eigene Kosten die Synagoge erbaute und sie mietweise zu günstigen Bedingungen der ersten Brüder-Gesellschaft überließ. Um den Innenschmuck dieses Gotteshauses hat ein Mitglied der genannten Gesellschaft, der Maler Raphael Biow,[5]) sich sehr verdient gemacht, und am 10. April 1829 sollte die Brüder-Gesellschaft aus ihrer bisherigen Synagoge in der Antonienstraße in das neuerbaute Gebäude übersiedeln und die feierliche Einweihung desselben stattfinden.[6]) Aber diese erfolgte, obgleich es in dem gedruckten, vom 1. April 1829 datierten „Program zur bevorstehenden Einweihung der hiesigen großen Synagoge[7])“ ebenfalls heißt, daß jene auf den 10. April d. J., nachm. 3 Uhr „unabänderlich“ festgesetzt ist und jeder „Späterkommende es sich selbst zuzuschreiben haben wird, wenn ihm der Einlaß verweigert werden muß“, trotzdem erst am 23. April. Zu Ehren des Tages war von dem Königl. Lotterie-Einnehmer Joseph Salomon Holschau (geb. 1779 und gest. 3. 4. 1861) und seiner Gattin Hanna ein kostbarer, noch jetzt vorhandener Vorhang[8]) (Porauches) nebst Ueberhang gestiftet worden; zwei Vorsänger und ein Chor trugen eigens hierzu verfaßte hebräische Gesänge[9]) vor, der Rabbiner verlas ein hebr. Gebet, und die deutsche Rede, die Moses Simon Pappenheim[10]), ein Mann, der sich durch „vielseitige, schönwissenschaftliche und gelehrte Bildung, durch seltene Biederkeit des Charakters, sowie durch musterhafte Rechtlichkeit im Geschäftsverkehr gleich rühmlich auszeichnete,“ im Auftrage der Brüdergesellschaft und mit Erlaubnis des Ob.-Rabb. Tiktin halten sollte, wurde verboten und blieb ungehalten[11],) weil Pappenheim kein Rabbiner war und weil dies zu Neuerungen im Gottesdienst Anlaß geben könnte. —



Der zur Einweihung 1829 von dem Kgl. Lotterie-Einnehmer Joseph Salomon Holschau und seiner Gattin Hanna gestiftete Vorhang (Porauches) für die Storchsynagoge in Breslau.

Bis 1844 dauerte das Mietverhältnis zwischen Silberstein und der Brüder-Gesellschaft, dann bildete sich ein „Synagogen-Verein“, der im Jahre 1856: 391 zahlende Mitglieder hatte, dessen Vorsteher Dr. Günsburg, M. J. Caro, D. Löwenfeld, B. Frank, L. S. Cohn[12]) und S. Plesser und dessen Beamte: Dr. Geiger (Rabb.), Deutsch (1. Kant.), Samosch (2. Kant.) und Max (Synag.-Diener) waren. — Im März 1872 ging die Storchsynagoge durch Kauf in den Besitz der Synagogen-Gemeinde über, und da um diese Zeit (September 1872) die Synagoge am Anger fertiggestellt war, wurde diese den liberalen (Kultus-Kommission II) und jene den konservativen (Kultus-Komm. I) Mitgliedern überlassen. Die noch heute bestehende „Kultusordnung“ in der Storchsynagoge wurde im April 1873 von den Mitgliedern der Kommission: Prof. Grätz, Geh. Rat Grätzer, J. Haber, A. Henschel, M. Lehfeld, A. Marck, Gerichtsassessor Dr. Marck, Dr. Samuelsohn, Landrabb. Tiktin und S. Werner beraten und beschlossen. — Außer den bereits erwähnten Rabbi Salomon Tiktin und Dr. Abrah. Geiger amtierten in der Storchsynagoge: Dr. Manuel Joel (seit Anf. 1864), Gedalje Tiktin (1856—1886), Dr. Daniel Fraenkel (bis zum Amtsantritt Rosenthals), Dr. Ferdinand Rosenthal[13]) (von Sept. 1887—1921) und Dr. Immanuel Deutsch[14]) (1901 bis 1913); und die Kan-

toren: Moritz Deutsch,[15] A. B. Spiro,[16] Herm. Jos. Rosenthal[17] und Meyer Rosenthal (2. Cant.) von 1873—95.

Anmerkungen

[1] Brann. Geschichte der Gesellschaft der Brüder, Breslau 1880, S. 35 u. 36 u. Dr. Neustadt im „Jüd. Volksblatt“, Breslau 1899, Nr. 26.,

[2] Archiv der Synag.-Gem. Breslau, Aktenst. V C. 4 (13) Bl. 2, 21, 53 ff., 66, 75—120.

[3] Das Rundschreiben beginnt mit den Worten: „In Folge des, auf ausdrücklicher Bestimmung Sr. Majestät unseres allergnädigsten Königs sich gründenden Befehls des hohen Königl. Ministerii, bestehet die Königl. hochlöbl. Regierung ungeachtet wiederholentlich gemachter Gegenvorstellung unabänderlich auf den angeordneten Bau einer großen Synagoge für die hiesige Gemeine“, und es ist unterzeichnet von dem „Collegium der Aeltesten und Vorsteher nebst den übrigen Beamten der Gemeine und den hierzu erwählten Deputierten:“ Wolff Ginsberg, Aaron Stern, V. S. Eliason, L. B. Dohm, H. P. Heymann, J. M. Branis, D. L. Sklower, M. L. Cassirer, S. L. Bamberger, Jerem. Oppenheim, Jakob Flatau, B. L. Schweitzer, Sander Meyer, M. Perez, A. H. Kuh, Heymann Oppenheim, Jacob Joel Bloch, P. Silberstein, S. Friedeberg, J. J. Lüschwitz, L. J. Lasker, Lazarus Kroh, Benjamin A. Fraenkel, Jonas Fraenkel, S. E. Goldscheider, H. L. Cassirer, Jacob Schreiber, Hirsch Sachs, R. Hertzberg und M. A. Stern.

[4] Archiv der Synag.-Gem. Breslau, Aktenst. III A. 3 (8).

[5] Raph. Mos. Abrah. Biow, geb. 30. 9. 1773, erhielt am 19. 7. 1807 das Bresl. Bürgerrecht, war vom 31. 3. 1795 bis zu seinem, am 20. 10. 1836 erfolgten Tode Mitgl. der Brüdergesellschaft und wurde durch seine Frau Rahel (Resel) [nicht Rebecca, wie es im Bresl. Gem.-Bl. 1925, Nr. 5 heißt] Inhaber der Stamm-Nr. 73 Eine sehr schöne Zeichnung von Biow befindet sich im Gem.-Archiv; sein Grabstein auf dem Friedhof Claassenstraße hat die Nr. 1366.

[6] An demselben Tage ging die 2. Brüd.-Gesellsch. (Schochare hatob) vom Seilerhof in der Reuschestr. nach dem Tempel Antonienstr., die im „blauen Rad“ (Reuschestr.) befindl. Synagoge in den Seilerhof, die in der Neuen Weltstr. befindl. Mark. Raphael'sche Schul (Vorst. Abrah. Henschel) in das „blaue Rad“, und die bisherige Raphael'sche Betstube wurde geschlossen. (Aktenst. III C. 2 (7) Bl. 3.)

[7] Das Programm ist unterzeichnet von Laz. Kroh, M. B. Friedenthal, Is. J. Bloch, S. Meyer, Mor. Is. Caro, Benjam. Stern u. A. H. Spiegel (ein Exemplar befindet sich in der hies. Stadt-Bibliothek, ein zweites im Besitze des Schreibers dieser Zeilen).

[8] Dieser Vorhang ist aus dunkelweinrotem Samt mit Goldborteneinfassung, hat einen Spiegel aus weißem Brokatstoff und eine in Gold gestickte hebr. Inschrift. Ueber demselben in Reliefstickerei eine Krone und die Bundestafeln, und zur rechten und linken Seite Lorbeerkränze. Auf dem Ueberhange befinden sich 2 Davidsschilde (Mogen Dovid), der Altar mit den 4 Hörnern und mit lodernder Flamme, der 7armige Leuchter (Menorah), die segnenden Priesterhände, der Tisch mit den 12 Schaubroten und das Waschgerät der Leviten. Der Vorhang ist dem Andenken der Eltern des Spenders: Salomo (geb. 1741 und gest. 18. 2. 1802) und Mirjam (gest. 1811) gewidmet. (Näheres über die Familie Holschau siehe: Heppner „Stamm-Numerarten“ im Bresl. Gem.-Bl. 1925, Nr. 5).

[9] Diese Gesänge sind in Fürstenthals המאסף Breslau 1829, S. 120—141 abgedruckt.

[10] Geb. 1780, kam in den ersten Jahren des vorigen Jahrh. nach Breslau, war vereid. Börsen-Sensal und Stadtverordneter und starb am 17. Adar I. 1848. Er beherrschte meisterhaft die hebräische, deutsche und französische Sprache, und sein liter. Nachlaß wurde von seinem Schwiegersohne Hollaender im Jahre 1850 herausgegeben (Breslau).

[11] Dafür wurde sie 2mal gedruckt: zuerst bei Löbel Sulzbach und Sohn, Breslau 1829 (Stadtbibliothek) und dann in dem, Anm. 9 erwähnten „Liter. Nachlaß“, herausgeg. von J. Hollaender, Breslau 1850, 165—180.

[12] War der Vater von Prof. Herm. Cohn (Augen-Cohn) und Großvater des Schriftstellers Emil Ludwig. Sowohl Löbel Samuel als auch Prof C. waren Mitglieder der „Gesellsch. der Brüder.“

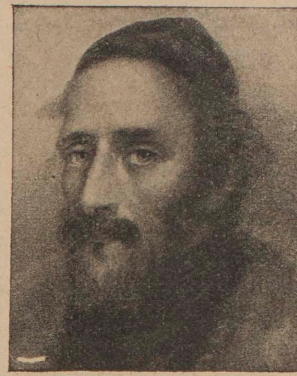
[13] Geb. 10. 11. 1838 in Kenese (Ung.), war der Sohn eines Kleingrundbesitzers und mütterlicherseits der Enkel des am 11. 11. 1846 in Palota (Ung.) nach 38jähr. Amtstätigkeit daselbst verst. Rabbiners Wolf Chajes; er war ein Schüler des מה״רם שיק (Mos. Schick in St. Georgen), des כתב סופר (Sam. Wolf Schreiber in Preßburg) und des Dr. Israel Hildesheimer in Eisenstadt. Mit 18 Jahren erhielt er die „Morenu“, maturierte in Wien und stud. in Berlin und Leipzig, woselbst er sein Doktor-Examen bestand. In Breslau amtierte er von 1887 bis zu seinem Tode (5. 3. 1921), vorher 19 Jahre in Beuthen O/S.

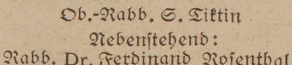
[14] War Rabb. in Sohrau O/S, dann Stiftsrabb. in Lissa (Pos.) und von 1901 bis zu seinem Tode (4. 1. 1913) stellvertr. Rabb. und Religions-Lehrer in Breslau.

[15] Geb. 1818 in Nikolsburg (Mähr.), 50 Jahre in Breslau und hier gestorb. am 27. 2. 1892, war ein „gottbegnadeter Kantor und gefeierter Lieder- und Oratoriensänger, ein tüchtiger Hebraist und ein feinfühliger deutscher Schriftsteller, ein gewandter, genialer Komponist und nicht minder ein hellsehender, objektiver Beurteiler fremder Musikprodukte.“ (Friedmann „Lebensbild. berühmt. Kant.“ Teil 1, S. 44).

[16] Geb. 1833 in Karelitz (Rußl.), kam 1870 nach Breslau und amtierte zuerst in der Synag. der 2. Brüd.-Ges. und dann, seit 1873 im „Storch.“ Er starb am 24. Dezemb. 1903; sein Sohn ist der Berliner Maler Eugen Spiro.

[17] Geb. 1852 in Zdunskawole (Pol.), erhielt schon in jungen Jahren von R. Simcha Rehfisch die „Morenu“, war zuerst in 2 kleinen Gemeinden Kantor, dann in Gleiwitz und Ratibor, kam 1895 nach Breslau und amtierte hier bis zu seinem Tode (12. Febr. 1917). (Friedmann, a. a. O. Teil 3, S. 45).





Ob.-Rabb. S. Tiktin
Nebenstehend:
Rabb. Dr. Ferdinand Rosenthal



Vergangenheit und Zukunft

Eine פסח-Betrachtung von Rabbiner Simonsohn.

Wohl keine Gemeinschaft hat ein so gutes Gedächtnis wie wir Juden. Das unsrige erstreckt sich über vier Jahrtausende; es reicht bis zum Ursprunge des Volkes Israel zurück, ja, noch darüber hinaus! Jahr um Jahr begehen wir unser Geburtsfest, den Auszug aus Aegypten, gedenken wir, wenn der Lenz in die Lande zieht, den Winter vertreibend, der Gottestat, die einstmals uns den Lenz gebracht, Glück und Freiheit, dem eisigen Winter der Knechtung, der so lange gewährt, ein Ziel setzend. Und wir halten diese Erinnerung für so wichtig, daß wir im Familienkreise an unseren Seder-Abenden sprechen: Wären wir auch allesamt auf den Höhen der Weisheit, der Würde und Ehre angelangt, wir würden dennoch die Pflicht empfinden, des Auszuges aus Aegypten zu gedenken. Wieviel haben wir seit jenem 15. Nissan erlebt, Gutes und mehr noch Böses — und nichts war imstande, den Gedanken an die Stunde der Befreiung zurückzudrängen, an jene Tat, die wir so ganz als Gottestat empfinden, von der wir uns bewußt sind, daß uns keinerlei Verdienst daran zukommt. Ein Volk, das mit so starkem Gedächtnisse — nicht für seine Leistungen, nein, für seine Schulden ausgerüstet ist, darf sich schon aus diesem einen Grunde als ein Kulturvolk ansehen, mögen seine Feinde denken oder zu denken vorgeben, was sie wollen!

Allein geschichtlicher Sinn, so wertvoll er ist, hat auch seine Gefahren. Er kann den damit Ausgestatteten so in seinen Bann schlagen, daß der nur noch für die Vergangenheit lebt und Gegenwart und Zukunft vergißt. Nun — dafür, daß wir der Gegenwart uns erinnern müßten, hat unser Schicksal immer Sorge getragen, das uns allezeit zu kräftiger Abwehr genötigt hat. Daß wir aber die Zukunft nicht aus dem Auge verlören, dafür hat das Judentum gesorgt, das gerade auch am Feste der Befreiung unsern Blick auf die Zukunft gelenkt, nicht auf die eigene, sondern auf die der ganzen Menschheit, als deren Schrittmacher wir uns fühlen lernen sollten. So weiß der Prophetenabschnitt des letzten Peßachtages uns für die messianische Zeit zu begeistern, für jene Zeit, da die Menschen ihre Schwerter zu Pflugscharen und ihre Lanzen zu Winzermessern umschmieden, da kein Volk gegen das andere das Schwert führen wird und sie den Krieg nicht erst mehr lernen werden. Diese Zeit haben wir Juden immer herbeigesehnt, und sie umso inniger herbeigesehnt, je weniger die Gegenwart ihr zu entsprechen schien. Und muß nicht die Tatsache allein, daß auf

dieser blutgetränkten Erde eine große, alte Gemeinschaft wohnt, die das Friedensideal ihrer Lehre niemals vergessen, niemals preisgegeben hat, muß nicht diese Tatsache allein tröstend wirken auf jeden wahren Friedensfreund, der sich abgestoßen fühlt von rohen kriegswütigen Reden und von hohlen, unwahren Friedensworten. Wir halten dem Ideale die Treue, wir, Bindeglieder von Vergangenheit und Zukunft, spannen die Brücke, die das ägyptische Peßach, das zuerst die Ohnmacht der Kriegsrüstung, der rohen Gewalt, bewiesen, zum Peßach der Zukunft, zur Zeit, wo alle Völker den Namen des einig-einzigen Gottes preisen werden und wo die Erde der Erkenntnis voll sein wird gleich Wassern, die den Meeresgrund bedecken!

Die Siedlung marschiert

Auch in Deutschland.

Von Rittergutsbesitzer Rudolf Mosse, Stangenhagen.

Die „Jüdische Landarbeit", G. m. b. H., ist begründet! Eine alte Sehnsucht der deutschen Juden, eigenes Land zu besitzen und eigenes Land zu bearbeiten, soll in Erfüllung gehen. Von Moses Mendelssohn bis Herzl und Rathenau haben jüdische Führer erkannt, daß die jüdische Gemeinschaft die Landarbeit braucht, um sich körperlich und seelisch zu erhalten und zu vervollkommnen. Immer wieder sind im letzten Jahrhundert Anstrengungen gemacht worden, um Juden in Deutschland für Garten- und Landarbeit auszubilden und sie in die entsprechenden Berufe zu bringen. Wenn diese Bemühungen nicht das ganze Ziel erreicht haben, weil die Zeitverhältnisse dafür nicht günstig genug waren, so ist doch damit erreicht worden, daß wir heute eine recht ansehnliche Anzahl gut ausgebildeter und tüchtiger Gärtner und neben einer Reihe erfolgreicher Gutsbesitzer und Gutsinspektoren auch zur Bauernsiedlung geeignete Bewerber haben. Diese Männer haben zugleich den Beweis erbracht, daß zahlreiche deutsche Juden für ländliche Berufe gut veranlagt sind, was nach den Erfahrungen in Rußland, Palästina und Amerika zu erwarten war.

Erste Aufgabe der „Jüdische Landarbeit"-Gesellschaft ist die Ansiedlung der vorhandenen ausgebildeten jüdischen Landwirte und Gärtner auf eigenen Gärtnereien und Bauernwirtschaften. Weil der Trieb des Juden auf Selbständigkeit geht und weil es für die meisten nicht möglich ist, gute Lebensanstellungen in diesem Beruf zu finden, müssen sie auf eigenem Boden selbständig gemacht werden. Die Zeitumstände sind hierfür besonders günstig, weil das Reich und Preußen es als eine ihrer wichtigsten Aufgaben betrachten, eine dichtere Besiedlung des flachen Landes besonders im deutschen Osten durchzuführen. Die Siedlung erfolgt als Staatsaufgabe durch Behörden mit öffentlichen Mitteln nach amtlich festgesetzten Normen und zwar in der Weise, daß als ausführende Organe gemeinnützige Siedlungsgesellschaften eingeschaltet werden. Eine solche gemeinnützige Siedlungsgesellschaft mit der besonderen Aufgabe der Ansiedlung von Juden ist die „Jüdische Landarbeit", G. m. b. H. Sie ist von verschiedenen jüdischen Gemeindeverbänden und Gemeinden in Gemeinschaft mit Privatpersonen begründet, u. a. auch von der jüdischen Gemeinde zu Breslau.

Um möglichst schnell die Siedlungsanwärter unterzubringen, hat die Gesellschaft zunächst einige im Bau befindliche Gärtnereien von einer befreundeten Siedlungsgesellschaft übernommen und wird in allernächster Zeit voraussichtlich ein 500 Morgen großes Gut kaufen, das zur Ansiedlung von zunächst 10 bis 20 Gärtnern und Geflügelzüchtern Möglichkeiten bietet. Außerdem wird auf dem Restgut etwa die gleiche Zahl von nicht voll Ausgebildeten als Gärtner und Landarbeiter beschäftigt, weitergebildet und auf ihre Tauglichkeit zur Ansiedlung beobachtet.

Daneben war die Siedlungsgesellschaft satzungsgemäß um die Nachweisung von Stellen für Gärtner und Landwirte und um die Stärkung bereits vorhandener Kleinbetriebe bemüht und hat auch hierin schon einige Erfolge aufzuweisen.

Die Arbeit geht weiter. Sie wird Jahrzehnte fortgesetzt werden müssen, ehe das Ziel erreicht sein wird, eine große Zahl von Juden auf dem Lande zu haben. So alt die jüdische Sehnsucht nach dem Lande ist — der Wille zur Tat muß doch erst aufgerüttelt werden. Darum hält der „Reichsbund für jüdische Siedlung in Deutschland", eine Schwestergründung der „Jüdischen Landarbeit", überall im Deutschen Reich Werbeversammlungen ab, um die Oeffentlichkeit zu tätiger Mitarbeit zu gewinnen und den Wunsch in der Jugend zu wecken, selbst in die Reihen der landbauenden Menschen einzurücken, wenn die Zeit der Berufswahl kommt.

In allen Versammlungen zeigt sich, daß der Siedlungsgedanke die Kraft einer idealen Zukunftsaufgabe beweist: Ueber alle Parteiungen hinweg fühlen sich überall die deutschen Juden einig in dem Gefühl, daß hier eine große Aufgabe für Gegenwart und Zukunft vor ihnen steht; eine Aufgabe, die nicht so sehr karitativ eine Not unserer an Nöten so reichen Zeit lindern, sondern bewußt in die Gestaltung der Zukunft unserer deutsch-jüdischen Gemeinschaft eingreifen wird. Aus der inneren Entwicklungsnotwendigkeit unserer Gemeinschaft wird das Siedlungswerk durchgeführt, um die innere Emanzipation zu vollenden, um die Absperrung in Handel und akademische Berufe zu sprengen, um den Entvölkerungsgefahren entgegenzuwirken, um unserer großstädtischen Bevölkerung die gesunde Menschenschicht zu schaffen, aus der ihr, wie jeder anderen nichtjüdischen Großstadtbevölkerung, die frische Blutzufuhr kommen kann, um dem Familienleben und dem innigen Gemeindeleben der kleinen Gemeinden neue Vertiefung zu geben. Nicht wegen des Geschwätzes der Antisemiten wird die Siedlungsarbeit durchgeführt, aber doch in der Voraussicht, daß jede Selbsterziehung auch dem Antisemitismus, der auch unsere Seele vergiftet, Abbruch tut.

Nicht Geschäftsroutine, sondern Geist schafft Großes. Möge sich vollenden, was hoffnungsvoll angefangen, daß die jüdische Gemeinschaft in all ihren Einzelmitgliedern, Männern und Frauen, Eltern und Kindern, den Willen zur Erdhaftigkeit und zur Siedlung in sich aufnimmt und zusammengeschlossen im Reichsbund für jüdische Siedlung zum Träger einer Tat für ihre Zukunft wird.

Gemeindevertreter-Sitzung

vom 27. März 1929

Bericht von Dr. Rechnitz

Zu Beginn der Sitzung widmete der Vorsitzende, J.-R. Peiser, dem verstorbenen Vorstandsmitglied Bankdirektor Hancke tiefempfundene Worte des Nachrufs, die die Versammlung stehend anhörte.

Nach einigen Mitteilungen erteilte der Vorsitzende das Wort R.-A. Spitz zum Antrag des Vereins „Hebräische Sprachschule" in Breslau auf Uebernahme der Schule durch die Gemeinde oder ausreichende Unterstützung. Der V. E. erörterte die Ziele und Leistungen der Schule und die monatlichen finanziellen Aufwendungen. Die Entscheidung habe grundsätzliche Bedeutung, weil in der Schule auch neu-hebräisch gelehrt werde. Dies sei aber nach seiner Ansicht kein Grund zur Ablehnung, da die Gemeinde satzungsgemäß auch kulturelle Einrichtungen zu unterstützen habe. Eine Uebernahme durch die Gemeinde sei nicht angängig. Die Höhe der Beihilfe werde leider beeinflußt durch die finanzielle Lage der Gemeinde. Er schlage vor, zunächst zur Ermunterung und im Interesse der Werbung neuer Mitglieder durch den Verein eine Jahresbeihilfe von 300 Mk. zu bewilligen. Ob.-Reg.-Rat Marcus unterstreicht die Ausführungen des V. E. und weist auf das brennende Bedürfnis der Schule hin, das sich in der Zahl von 200 Schülern zeige. Die Religionsschulen und die Volkshochschule böten keinen Ersatz. Die Methode und der Geist des Unterrichts in der Sprachschule seien anders. Dort werden die Kenntnisse der Literatur vermittelt und das Gefühl für die hebräische Sprache erweckt. Er schlage als angemessene Beihilfe 3000 Mk. vor. Breslauer rühmt aus eigener Kenntnis die neuerlichen Leistungen der Rel.-Schule I und bittet hier Mittel nicht zu kürzen, sondern so viel zu bewilligen, daß die Selekten und Fortbildungsklassen ausgebaut werden könnten. Frau Dr. Rabin macht darauf aufmerksam, daß Erwachsene, die in großer Menge das Bedürfnis nach Erlernung der hebräischen Sprache fühlen, nicht an die Rel.-Unterrichts-Anstalten verwiesen werden können. Wenn 3000 Mk. zu hoch seien, schlage sie eine Beihilfe von 1000 Mk. vor, womit Ob.-Reg.-Rat Marcus einverstanden ist. Der Antrag Rabin wird jedoch abgelehnt und der Vorschlag des V. E. auf eine Beihilfe von 300 Mk. angenommen.

Den nächsten Vorstands-Antrag, dem Jüdischen Museum eine Beihilfe von 500 Mk. zu bewilligen, befürwortet J.-R. Peiser unter der Betonung, daß der Betrag völlig unzureichend sei. Der Erfolg der großartigen

Ausstellung zeige sich in der Zahl der 13 000 Besucher. Die Gemeinde könne den Verein nach diesen hervorragenden Leistungen nicht im Stiche lassen und er beantrage, daß der Vorstand eine Erhöhung der Beihilfe wohlwollend prüfe. Geh.-Rat Goldfeld erkennt die vorzüglichen Leistungen des Vereins bei der Ausstellung und der Herstellung des Katalogs rückhaltlos an. Der Verein durfte aber dennoch nicht diese Ausgaben in der Erwartung machen, daß die Gemeinde die fehlenden Mittel beisteuern werde. Nach einer Entgegnung von J.-R. Peiser wird der Vorstands-Antrag nebst dem Antrag Peiser angenommen.

Den nächsten Vorstandsantrag, dem Hilfsverein der Deutschen Juden für die Hilfsaktion zugunsten der Juden in Bessarabien eine einmalige Beihilfe von 1000 Mk. zu bewilligen, befürwortet der V. E. Wilhelm Kober warm. J.-R. Kalisch schlägt vor, mit Rücksicht auf die Notlage in unserer Gemeinde die Beihilfe auf 500 Mk. zu ermäßigen. Dagegen wenden sich Breslauer, Grzebinasch und Kober unter Hinweis auf die entsetzliche Not in Bessarabien. Nachdem auch J.-R. Hirschberg namens des Vorstandes die Beihilfe von 1000 Mk. befürwortet hat, weil eine niedrigere Summe ungünstig auf alle andern Spender wirken müsse, wird der Vorstands-Antrag angenommen.

Die Vorlage, 500 Mk. als Mazzothbeihilfe für die Juden Sowjet-Rußlands zu stiften, wird auf Befürwortung der V. E. Frau Dr. Rabin angenommen.

Ueber den Antrag auf Annahme der Alleinerbschaft nach dem am 27. Januar 1929 verstorbenen Kaufmann Conrad Sternberg aus Breslau berichtet unter Darlegung der Nachlaß-Aktiva und -Passiva ausführlich Bankdirektor Sander. Wenn sich auch rechnungsmäßig eine erhebliche Aktiva-Masse ergäbe, so ständen andrerseits der Annahme wichtige Bedenken entgegen. Der Nachlaß habe nämlich keine flüssigen Mittel, um die recht hohen Legate auszuzahlen. Dann aber sei eine Reihe von bedürftigen Verwandten vorhanden. Mit Recht wolle sich der Vorstand daher freie Hand lassen, nach Kenntnis der Bedingungen der Regierung zur Annahme der Erbschaft auf diese zu verzichten. Geh.-Rat Goldfeld beleuchtet noch näher die Schwierigkeiten. So sehr Erbschaften der Gemeinde willkommen sein müßten, sei hier ein moralisches Hindernis wegen der Bedürftigkeit der Verwandten vorhanden. Der Nachlaß bestehe hauptsächlich aus zwei Grundstücken, deren Bauzustand nicht bekannt sei und die sich nicht so rasch verwerten ließen, wie zur Auszahlung der Legate erforderlich wäre. Der Vorstands-Antrag auf Annahme der Erbschaft mit dem Vorbehalt des Verzichts wird darauf angenommen.

Nunmehr schreitet die Versammlung zur Beratung des Haushaltsplanes 1929/30. Die allgemeine Aussprache eröffnet, wie alljährlich, Gins. Er wirft einen Rückblick auf das verflossene Verwaltungsjahr, das ohne große Erschütterungen vorübergegangen sei, wenn sich auch nicht alles Erhoffte erfüllt habe. Er wisse Dank den unermüdlich tätigen Ehrenbeamten und Beamten für die geleistete Arbeit. Der Etat zeige deutlich das Bestreben zur Verminderung der Steuerlasten die Ausgaben zu verringern. Aber die Einnahmeseite zeige nicht die entsprechende Entwicklung zur Erhöhung, insbesondere vermisse er bei den Grundstücken die zeitgemäße Rentabilität. Der Haushaltsausschuß habe deshalb wiederum vorgeschlagen, einen selbständigen energischen Hausverwalter anzustellen. Bei der Fürsorge seien die Ausgaben sehr erheblich, aber hier wolle man, einig im Wohlwollen für die Armen und Bedürftigen, Abstriche nicht vornehmen. Bei den Rel.-Unterrichts-Anstalten sei hervorzuheben der Fortfall des Schulgeldes, von dem man sich eine Hebung des Besuchs und eine Entlastung der Familienväter verspreche. Die Bibliothek nehme einen erfreulichen Aufschwung. Beim Schlachtwesen sei neu, daß nunmehr alle Schlachtungen durch amtliche Schächter der Gemeinde ausgeführt würden. Im Bestattungswesen habe der Haushaltsausschuß eine Anzahl Einnahmeposten wesentlich erhöht. Bei der allgemeinen Verwaltung habe er hauptsächlich bei den außerordentlichen Ausgaben Abstriche vorgenommen. Die Bauvorhaben sollen nicht aus laufenden Mitteln, sondern aus einer Anleihe bezahlt werden. Der gesamte Haushalt weiche von dem des Vorjahres nach der Vorstandsvorlage nur um etwa 40 000 Mk. ab. Durch die vom Etatsausschuß vorgeschlagenen Abstriche vermindere sich das Zuschuß-Soll um 114 800 Mk. Die Versammlung solle aus dem Etat nicht die toten Zahlen sehen, sondern den Geist in unserer Gemeindeverwaltung, der den Belangen aller Richtungen gerecht zu werden bestrebt sei. Dr. Schlesinger bemängelt, daß im Etat Erläuterungen fehlen für eine oft recht erhebliche Abweichung zwischen Soll und Ist. Die Entschließung des Ausschusses, den Steuersatz nicht zu erhöhen, erinnere ihn an den Ausspruch von Onkel Bräsig: „Die Armut komme von der Poverte". Man brauche also nur die letztere abzuschaffen. Man müsse auch den Mut haben, den Gemeindemitgliedern die Erhöhung der Steuern als notwendig darzulegen, nicht einfach Ausgaben streichen, die notwendig sind. Insbesondere vermisse er jeden Posten für außerordentliche Ausgaben. Ob.-Reg.-Rat Marcus erinnert an die vielfachen Nöte des Judentums, das in reiner Gestalt nur in Palästina erneuert werden könne. Dem trage aber der Etat keine Rechnung, da kein Posten für Palästina eingesetzt sei. Dagegen enthalte er eine Beihilfe für den C. V., der eine Partei des Judentums, nämlich den Zionismus, mit der dummen Formel bekämpfe, er stärke den Antisemitismus. Dabei habe der Zionismus den Juden erst die Achtung ihrer Mitbürger verschafft. Er verweise auf die Mitarbeit prominenter Persönlichkeiten im Pro-Palästina-Komitee. (Zuruf: Die einen Unterschied machen zwischen Juden und Deutschen!) Der Redner wendet sich in seinen weiteren Ausführungen gegen diesen Zuruf und beantragt die Beihilfe für den C. V. nur mit der Einschränkung zu bewilligen, daß sie lediglich zur Abwehr des Antisemitismus verwendet oder der schlesischen Landesgruppe des C. V. überwiesen werde. Bei der Einzelberatung der Haushaltspläne beantragt R.-A. Nothmann beim Grundstücksetat die Abstriche, die der Ausschuß bei den unvorhergesehenen Ausgaben vorgeschlagen habe. Der Antrag des V. E. wird angenommen. Beim Fürsorgeetat tritt Frau Professor Wohlauer der Streichung der unvorhergesehenen Beihilfen von 5000 Mk. entgegen. Die Streichung des Betrages für das Vereins- und Jugendhaus nach dem Vorschlage des Ausschusses sei dagegen eher tragbar, da die Mittel aus einem andern Fonds genommen werden sollen. Ob.-Reg.-Rat Marcus fordert dringend die Zusammenlegung der beiden Waisenhäuser und bittet aus diesem Grunde die Beihilfe für beide Waisenhäuser um je 1000 Mk. zu kürzen. Die ersparten 2000 Mk. bitte er dem Arbeitsnachweis zukommen zu lassen. Er beantrage ferner, die Beihilfe für die Zentrale für Wanderarmenfürsorge von 500 Mk. auf 1000 Mk. zu erhöhen. Geh.-Rat Goldfeld berichtet über die Verhandlungen zur Zusammenlegung der beiden Waisenhäuser, die der Vorstand einstimmig wünsche. Die Verhandlungen stockten wegen eines gewissen Partikularismus und wegen Personalfragen. Der Antrag Marcus treffe in erster Linie die Kinder. Er bitte die Kürzung nur für den Fall vorzunehmen, daß der Zusammenschluß im Laufe des Etatsjahres nicht durchgeführt werde. (Der Antragsteller Marcus ist damit einverstanden.) Das freiwerdende Haus auf der Gräbschener Straße wäre für ein Jugendheim geeignet. Der Fürsorgeetat wird hierauf angenommen mit den Anträgen des Etatsausschusses, dem Antrage Marcus betr. Waisenhäuser und mit einem weiteren Antrage Marcus, die Beihilfe für den Arbeitsnachweis auf 6000 Mk. jährlich zu erhöhen. Beim Etat der Rel.-

Unterrichts-Anstalt I erörtert der V. E. Dr. Schlesinger den Rückgang der Schülerzahl, der auf den Besuch der jüdischen Schule zurückzuführen sei. Er beantrage die vom Ausschuß gestrichenen 1500 Mk. für Vertretungen daher der jüdischen Schule zuzuwenden. Dr. Grzebinasch tritt energisch für eine erhebliche Erhöhung der Beihilfe für die jüdische Schule ein. Lehrer Freundlich wünscht Wiederherstellung der Erhebung des Schulgeldes. Die Einnahme von 3000 Mk. sei bei dem angespannten Etat kein Pappenstiel! Es sei irrig, daß der Besuch sich heben werde, im Gegenteil werde der Unterricht in den Augen Vieler verlieren, wenn er kostenlos sei. J.-R. Hirschberg hält die Erhebung des Schulgeldes, das auch vor dem Kriege nicht erhoben worden sei, für eine Notmaßnahme der Nachkriegszeit und jetzt nicht mehr für angebracht. Vielen Vätern fallen die Zahlungen schwer, es sei ihnen peinlich, Befreiungsanträge zu stellen. Das Soll von 3000 Mk. gehe längst nicht mehr ein. Der Etat wird darauf mit der beantragten Herabsetzung des Titels Vertretungen auf 1500 Mk. angenommen, wobei die Abstimmung über Nichterhebung des Schulgeldes neun Stimmen für Nichterhebung des Schulgeldes, acht dagegen ergibt. Ueber den Etat der Rel.-Unterrrichts-Anstalt II berichtet Dr. Schlesinger ohne Erhebung von Einwänden. Breslauer erklärt, diesem Etat seine Zustimmung nicht geben zu können, weil die dortige Lehre von einem orthodoxen Juden nicht verantwortet werden könne. Hoffmann vom Vorstand wendet sich gegen diesen Standpunkt, der nicht der der Gemeindekonservativen ist. Wir fahren am besten, wenn wir jeder Richtung die Verantwortung für ihre Einrichtungen überlassen. R.-A. Nothmann schließt sich für seine Person und namens des Kultusausschusses I diesen Ausführungen an, ein anderer Standpunkt sei bei einer Einheitsgemeinde nicht möglich. Auch Dr. Schlesinger als Vorsitzender der konservativen Fraktion und J.-R. Hirschberg vom Vorstande bedauern den Standpunkt Breslauers. Der Etat wird darauf angenommen, ebenso werden die Haushaltspläne Rel.-Unterricht an höheren Lehranstalten und Bibliothek unverändert angenommen. Beim Haushaltsplan Alte Synagoge regt Dr. Schlesinger an, die Frage einer Kleiderablage dem Bauausschuß zu überweisen. Er wendet sich auch gegen den Vorschlag des Etatsausschusses, die Titel Ausbesserungen und unvorhergesehene Ausgaben auf je 500 Mk. zu ermäßigen und die Rücklagen zum Ausbesserungsfonds sogar von 15 000 Mk. auf 5000 Mk. herabzusetzen. Auf diese Weise würden die Mittel für die Verlegung des Almemors fehlen. J.-R. Hirschberg betont, daß die jährlichen Rücklagen von 15 000 Mk. bereits im Jahre 1926 durch Beschluß festgesetzt worden seien. Der Betrag aus den beiden Vorjahren sei durch die Anlage der neuen Heizung, der Notbeleuchtung und durch die Außenreparatur verbraucht worden. Außer dem Almemor seien noch die Arbeiten im Innern erforderlich. Gins begründet die Beschlüsse des Ausschusses auf Herabsetzung. Nach Entgegnung von Dr. Schlesinger und Kober wird der Haushaltsplan mit dem vom Ausschuß beantragten Antrag auf Herabsetzung angenommen. Auch der Haushaltsplan Neue Synagoge wird mit der vom Ausschuß beantragten Herabsetzung der Rücklagen für Ausbesserungen auf 10 000 Mk. angenommen, wobei Breslauer dagegen stimmt. Die Haushaltspläne Zweiggottesdienste, Schlachtwesen und Badeanstalt werden auf Bericht von Steuer und Dr. Schlesinger unverändert angenommen. Beim Haushaltsplan Bestattungswesen und Grabpflege begründet Kober die vom Ausschuß beantragten Erhöhungen der Einnahmeposten für Beerdigungs- und Grabpflegegebühren. Mit diesen Erhöhungsanträgen wird auch dieser Haushaltsplan angenommen. Beim Haushaltsplan Allgemeine Verwaltung hält der V. E. Ob.-Reg.-Rat Marcus die vom Ausschuß beantragten Herabsetzungen für unvorhergesehene Zugänge bei Ruhe- und Witwengehältern für tragbar und tritt für die vorgeschlagene Erhöhung der Jahresbeihilfe für die Gesellschaft „Ort" von 300 Mk. auf 500 Mk. ein. J.-R. Kalisch wendet sich hier gegen die Ausführungen des V. E. über den C. V. Dieser sei nicht zur Bekämpfung des Zionismus gegründet worden, sondern er kämpfe für seine Weltanschauung, die der des Zionismus entgegengesetzt sei. Wir können nicht Palästina sondern nur Deutschland als unser Kulturzentrum ansehen. Nicht der Zionismus, sondern der C. V. habe die deutschen Juden wieder zu bewußten Juden gemacht. Dr. Schlesinger setzt sich für die Erhöhung des Zuschusses für die Pinchas-Synagoge ein. R.-A. Nothmann legt ausführlich die politische Anschauung des Zionismus dar. Er wünsche, daß ebenso wie die Bindestrich-Amerikaner auch die Juden in Deutschland das Recht auf Entfaltung ihrer Eigenart erhielten, wie dies den Minderheiten durch das Genfer Abkommen zugesagt sei. (Verschiedene erregte Zurufe!) Er beantragt weiter, die 300 Mk. für die israelitische Kochschule zu streichen und dem Waisenhaus Beth Schemen zuzuweisen. Frau Dr. Rabin unterstützt den Antrag für das Waisenhaus Beth Schemen, befürwortet eine um 1500 Mk. erhöhte Subvention für die jüdische Schule und erklärt den Haushaltsplan abzulehnen als einzig mögliche Demonstration gegen das Unrecht, das den Zionisten fortgesetzt zugefügt werde. Der Haushaltsplan wird hierauf mit den Anträgen des Ausschusses und unter Ablehnung der Erhöhung der Subvention für die jüdische Schule und des Antrages Nothmann angenommen. Hierauf wird der gesamte Etat angenommen.

Als Kultussteuer 1929/30 beantragt der Vorstand einen Zuschlag von 12½% zur Einkommensteuer 1928 zu erheben. Gins als V. E. zu dieser Vorlage dankt zunächst der Versammlung für das Vertrauen zum Etatsausschuß, dessen Vorschläge sämtlich angenommen worden sind. Durch die Streichungen von 114 800 Mk. glaubt er mit einem Steuersatz von 10%

auszukommen. Die schweren Zeiten, die unsere Gemeindemitglieder durchmachen, gestatte eine Erhöhung des Steuersatzes nicht. Geh.-Rat Goldfeld erläutert, daß die Gemeinde mit 10% nicht auskommen kann. Der katholische Gesamtverband befände sich in ähnlicher Lage und erhebe 12½%, beim evangelischen Parochialverband sei die Lage anders, weil dessen Gemeindemitglieder größtenteils Gehaltsempfänger seien, das Einkommensteuer-Soll also von der Wirtschaftslage wenig berührt werde; überdies besitze er noch Reserven aus früheren Jahren, wir dagegen nicht. Die Gemeinde könne in die Notlage kommen, ein fünftes Steuerquartal erheben zu müssen, was viel unangenehmer sei. Die Versammlung werde prüfen müssen, ob sie unter diesen Umständen die Verantwortung für einen Steuersatz von 10% tragen könne. Hoffmann rechnet vor, daß bei einem Steuersatz von 12½% der Fehlbetrag noch 195 000 Mk. betrage. Bei einer Ermäßigung der Steuer auf 10% erhöhe sich der Fehlbetrag um 105 000 M. auf 300 000 Mk. Nach den Streichungen von 114 800 Mk. bliebe immer noch ein Fehlbetrag von rund 185 000 Mk. Dr. Rechnitz bittet dringend, mit der Möglichkeit eines fünften Steuer-Quartals nicht zu liebäugeln, die Gemeinde habe das einmal getan und die denkbar schlechtesten Erfahrungen damit gemacht. Die Ausfälle seien beim fünften Steuer-Quartal besonders hoch, desgleichen die Erhebungskosten, so daß für die Gemeinde außer einer großen Verärgerung der Mitglieder nicht viel herausschaue. Die Versammlung habe im Vorjahre selbst als unbedingt erforderlich erachtet, daß die Verwaltung jederzeit einen Betriebsfonds in Höhe des Bedarfs für drei Monate, also mindestens 150 000 Mk. habe. Der Betriebsfonds sei aber bereits auf 200 000 Mk. zusammengeschmolzen. Bei einem rechnerischen Fehlbetrag von 185 000 Mk. bliebe für nächstes Jahr nichts mehr übrig. Dazu kommt, daß die Steuereingänge im Etat zu hoch eingesetzt seien, nämlich unter Zugrundelegung des bisherigen Einkommensteuer-Solls. Nach Ansicht der Finanzämter sei aber für 1928 eine Senkung des Solls um mindestens 10% zu erwarten. An dem Sinken seien hauptsächlich Handel und Industrie beteiligt, also die große Masse der jüdischen Zensiten. Wir müßten daher mit einem Ausfall von etwa 20% rechnen, so daß sich ein weiterer Fehlbetrag von etwa 140 000 Mk. ergäbe, für den keinerlei Deckung vorhanden sei. Nach diesen Darlegungen tritt auf Wunsch aller Parteien eine Pause ein, zumal die Versammlung bereits ununterbrochen vier Stunden tagt.

Bei Wiederbeginn schlägt Gins vor, unter Berücksichtigung der Ausführungen vom Vorstandstische den Satz auf 11% festzusetzen. Die Erhöhung um 1% sei für den Einzelnen wohl tragbar, für die Gemeinde bedeute sie immerhin ein Mehr von etwa 70 000 Mk. Dr. Schlesinger stimmt namens seiner Fraktion dem Vorschlage Gins zu. Dieser Antrag, die Kultussteuer auf 11% festzusetzen, wird hierauf unter Ablehnung des Vorstandsantrages angenommen.

J.-R. Peiser bittet zu erwägen, ob nicht auf Grund des neuen Kirchensteuergesetzes auch Zuschläge zur Vermögenssteuer erhoben werden sollen. — Ueber den Verwaltungsbericht referiert J.-R. Peiser. Die Versammlung nimmt Kenntnis von der Verteilung der Winterbeihilfe für die Leichenwärter, von der Beihilfe an das Lehrgut Rodges, von der Nachzahlung von 536 Mk. an die Jüdische Schule, von der Anstellung des Leichenwärters Prinz anstelle des wegen Krankheit ausscheidenden Leichenwärters Sorauer, dessen Pensionierung genehmigt wurde, von der Errichtung der Grabpflegestiftung Aronsohn und von der Einstellung des Sekundaners Heinz Loewe als Bürolehrling nach bestandener Reifeprüfung. Mit besonderem Interesse nimmt die Versammlung Kenntnis von der ermittelten Statistik, wonach im Kalenderjahr 1928 betrug die Zahl der

Trauungen	117
Beerdigungen einschl. Einäscherungen	384
Eingesegnete Knaben	95
Austritte	
aus dem Judentum	30
aus der Gemeinde	4
Uebertritte zum Judentum	20

Der Vorsitzende sprach den Wunsch aus, auch die Zahl der jüdischen Geburten zu erfahren. Dr. Rechnitz versprach entsprechende Anfrage beim statistischen Amt. Außerhalb der Tagesordnung trug J.-R. Peiser eine Eingabe der Mittelstandshilfe auf Hergabe weiteren Betriebskapitals vor, da sonst diese Institution die weitere Unterstützung des Mittelstandes einstellen müßte. Er schlug vor, da die Fürsorge für den Mittelstand eine dringende Notwendigkeit sei, um viele Existenzen zu erhalten, 10 000 Mk. aus der produktiven Fürsorge zu bewilligen. Geh.-Rat Goldfeld wies darauf hin, daß nach Angabe des Wohlfahrtsamtes dieses keinen Betrag aus seinem Etat entbehren könne. Generalkonsul Smoschewer unterstützte den Antrag Peiser eindringlich, eventuell soll die Mittelstandshilfe gegen Bürgschaft der Gemeinde sich Barmittel beschaffen. Diesen Vorschlag begrüßt auch Ob.-Reg.-Rat Marcus. Die Versammlung beschließt schließlich den Vorstand zu ermächtigen, eine Bürgschaft bis zu 20 000 Mk. zugunsten der Mittelstandshilfe zu übernehmen.

Als weiteren Dringlichkeitsantrag ersuchte Geh.-Rat Goldfeld unter Darlegung der bisherigen Verhandlungen und der Gutachten der Sachverständigen um Genehmigung, die Herstellung der neuen Orgel der Firma Sauer, Frankfurt a. O. zu übertragen, nachdem die alte Orgel nach der Frostperiode völlig unbrauchbar geworden sei. Die Mittel sollen dem Ausbesserungsstock der Neuen Synagoge entnommen werden. Die Versammlung genehmigt den Auftrag an die Firma Sauer.

Dr. Schlesinger referierte über den Antrag des Vorstandes, den Almemor in die Mitte der Alten Synagoge zu verlegen. In der Vorlage gibt der Vorstand an, daß nach Herabsetzung der Reparaturrücklagen Alte Synagoge von 15 000 Mk. auf 5000 Mk. für die Herstellung 12 000 Mk. fehlen. Der B. E. befürwortet Annahme des Vorstandsantrages in der Hoffnung, daß der Vorstand schon die Mittel beschaffen werde. J.-R. Kalisch vermißt eine Begründung, daß die Verlegung religiös notwendig sei. Wenn dies nicht der Fall wäre, könnte er die erheblichen Mittel nicht bewilligen. Die Ausführungen im jüdischen Lexikon, die er verliest, sprächen gegen die Notwendigkeit. Dr. Boß verliest das Gutachten des Gemeinderabbiners Dr. Hoffmann und Kober und Dr. Schlesinger führen aus, daß der Artikel im jüdischen Lexikon von J.-R. Kalisch nicht richtig aufgefaßt werde. J.-R. Kalisch erklärt sich mit dem Gutachten von Rabbiner Dr. Hoffmann für zufrieden, worauf die Vorlage ohne Widerspruch angenommen wird. Ohne Aussprache genehmigt die Versammlung das Abkommen mit den Geschwistern Ehrlich betreffend Aufnahme in der Altersversorgungs-Anstalt, die Satzung der Lippmann und Marie Bloch'schen Altersstiftung zur Unterstützung alter bedürftiger Mitglieder der Synagogen-Gemeinde Breslau, den Haushaltsplan der M. S. Leipziger-Stiftung und den





Schenkungsvertrag mit dem Jüdischen Frauenbund, Ortsgruppe Breslau, wonach die Synagogen-Gemeinde aus ihrem Grundbesitz zwischen Menzelstraße und Kirschallee eine Parzelle von 2083 Quadratmeter hinter dem Krankenhaus anstoßend an das Haus Kirschallee 36 zur Errichtung eines Beate Guttmann-Heimes für Angehörige des verarmten Mittelstandes schenkt.

In der Geheimen Sitzung wurde anstelle des verstorbenen J.-R. Breslauer Kaufmann Erich Bayer in den Ausschuß Neue Synagoge und anstelle des verstorbenen Martin Fränkel Dr. Raphael Gluskinos in das Kuratorium der M. S. Leipziger-Stiftung gewählt. Ferner wurde zur Kenntnis genommen, daß R.-A. James Pollack als Gemeindemitglied in den Kultusausschuß I berufen worden ist. Des weiteren wurde der Vorstand ermächtigt, das Grundstück Menzelstraße 48 unter den vorgesehenen Bedingungen zu erwerben. Darauf wurde nach sechsstündiger Arbeit die Sitzung um ½1 Uhr nachts geschlossen.

Berufsschichtung und Berufsberatung

Mit dem aktuellen Problem der Berufsschichtung und Berufsberatung der deutschen Juden beschäftigt sich das Märzheft der Zeitschrift „Jüdische Arbeits- und Wanderfürsorge". Der einleitende Aufsatz „Berufswahl und Berufsberatung" stammt von S. Adler-Rudel-Berlin; Siddy Wronsky-Berlin nimmt zu den Fragen des sozialen Berufes Stellung und Dr. Ilse Goldschmidt-Berlin zu denen des Hauswirtschaftsberufes. Dr. Karl Kautsky gibt einen interessanten Einblick in die Tätigkeit der ärztlichen Berufsberatung. Schließlich berichtet Lucie Zobel-Berlin über die Tätigkeit der Berliner jüdischen Berufsberatung im Jahre 1928.

Die Rundschau bringt die Ergebnisse der Bevölkerungspolitischen Konferenz des Preußischen Landesverbandes, Forderungen zum Ausbau der Sozialversicherung, Nachrichten über die Not der älteren Angestellten, interessante Urteile aus der Praxis der Arbeitsgerichte u. a. m.

Tagung der jüdischen Museumsvereine zu Breslau

am 10. März 1929.

Der Verein Jüdisches Museum, E. V., zu Breslau, hatte im Anschluß an seine so viel beachtete Ausstellung „Das Judentum in der Geschichte Schlesiens" Vertreter der jüdischen Museumsvereine Deutschlands, Polens, Oesterreichs und der Tschechoslowakei, sowie des Gesamtarchivs der deutschen Juden und der jüdischen Gemeinde in Berlin eingeladen, zwecks Zusammenschluß zu einer losen Vereinigung auf dem Gebiete jüdischen Sammelwesens.

Dieser Einladung waren Delegierte aus Kassel, Mainz, Berlin, Wien, Prag, Warschau, München, Frankfurt a. M. gefolgt. Die Tagung begann mit einer Führung durch die genannte Ausstellung, und die so sachverständigen Teilnehmer waren einstimmig der Meinung, daß eine derartige wohldurchdachte Ausstellung noch niemals zu sehen gewesen war, und daß der Verein Jüdisches Museum zu Breslau mit der Veranstaltung dieser Ausstellung einen ganz neuen Weg beschritten hat. Nach der Führung fand ein Vortrag von Dr. Hallo, Kassel, über „Jüdische Handwerker und jüdische Künstler" statt, der im besonderen darauf hinwies, daß das Kunstgewerbe und die Kunst der Juden in vergangenen Jahrhunderten immer im engsten Anschluß zur Kunst ihrer eigenen Zeit gearbeitet hatte.

Die eigentliche Arbeitstagung fand dann am Nachmittage in den Räumen des Gemeindehauses statt, die als wesentlichsten Punkt der Tagesordnung eben die Frage der Errichtung einer losen Vereinigung der jüdischen Museen und ähnlicher Sammlungen aufwies. Man war sich im Prinzip über die Notwendigkeit einig, und nach eingehender Aussprache über die Frage, wie weit man in der Einbeziehung der Archive und Bibliotheken gehen sollte, kam man zu dem Ergebnis, eine „Arbeitsgemeinschaft für Sammlungen jüdischer Kunst und Altertümer" zu bilden. In ihr soll Breslau zunächst auf ein Jahr den Vorort bilden und in der Geschäftsführung durch die Herren Prof. Dr. Bronner, Wien, Dr. Hallo, Kassel, Dr. Karl Schwarz, Berlin, unterstützt werden. Der Ausschuß wird sich nun zunächst mit der Frage der Abgrenzung des Sammelgebietes für Bibliotheken und Sammlungen, ferner mit der Frage, ob die Sammlungen kulturhistorisch-ethnographisch oder kunsthistorischer Art sein sollen, zu befassen haben.

Schließlich wird auch die Frage zu prüfen sein, in wie weit die einzelnen Museumsvereine, die sich ja in erfreulicher Anzahl immer weiter bilden, ihr Sammelgebiet auch landschaftlich abgrenzen müssen.

Ferner wurde beschlossen, die jüdische Presse regelmäßig mit Nachrichten über die Tätigkeit der neuen Interessengemeinschaft zu unterrichten; größere wissenschaftliche Arbeiten jedoch sollen eventl. dem Notizblatt der Gesellschaft zur Erforschung jüdischer Kunstdenkmäler überwiesen werden, an dessen weiteren Ausbau man denkt.

Die nächste Tagung soll 1930 in Berlin, die übernächste 1931 voraussichtlich in Mainz stattfinden. Prof. Meier Balaban, Warschau, gab dann noch die mit sehr großer Zustimmung aufgenommene Anregung, die Städte jüdischen Volkstums im Osten, die heute noch durchaus den mittelalterlichen Charakter bewahrt haben, auf Exkursionen aufzusuchen.

Den Teilnehmern an der Tagung wurden eine Reihe wissenschaftlicher Arbeiten überreicht, die von der geistigen Arbeit auf diesem Gebiete beredtes Zeugnis geben. Am Abend vereinigte noch ein gemeinsames Beisammensein die Teilnehmer, das vor allem Gelegenheit gab, im nahen Gedankenaustausch über die Zukunft jüdischer Sammeltätigkeit zu sprechen. Der nächste Tag gab den auswärtigen Freunden die Möglich-







keit, die an mittelalterlichen Bauwerken so reiche Stadt Breslau, sowie eine Reihe bedeutender Privatsammlungen kennenzulernen.

Zweifellos wird die neue Arbeitsgemeinschaft ein starkes Mittel zur Bereicherung des jüdischen Lebens darstellen und auch manches geistige Band über die Grenzen Deutschlands hinaus knüpfen.

Dr. Willy Cohn, Breslau.

Geburtstage im April und Mai.

75 Jahre:

4. 4. Frau Selma Brieger geb. Bermann, Viktoriastraße 34.
18. 4. Frau Agnes Weigert geb. Meidner, Charlottenstraße 18.
1. 5. Herr Hermann Schäffer, Gutenbergstraße 49.
1. 5. Herr Emanuel Louis Cohn, Goethestraße 14.

80 Jahre:

5. 4. Frau Hedwig Keiler geb. Goldschmidt, Sonnenstraße 18.
25. 4. Fräulein Philippine Sandberg, Freiburger Straße 38.
2. 5. Gemeindeältester Lippmann Bloch, Höfchenstraße 19.

85 Jahre:

14. 4. Frau Luise Kainz geb. Courant, Kaiser-Wilhelm-Straße 52.
22. 4. Frau Anna Pinkus geb. Loewe, Menzelstraße 93.

Amtliche Bekanntmachungen der Synagogengemeinde

Bekanntmachung.

In der Zeit zwischen dem 5. Mai und 12. Juni 1929 kann an den Sabbathen der Gottesdienst in unserer Alten Synagoge infolge Erneuerungsarbeiten nicht abgehalten werden.

Dafür findet der Gottesdienst an den Freitag-Abenden und Sabbath-Vormittagen im Saale der Gesellschaft der Freunde, Neue Graupenstraße 4/6, statt.

Der Vorstand der Synagogen-Gemeinde.

Das Kaschern für Peßach

findet in der Badeanstalt am Dienstag, den 23. April, von 9—13 und 15—18 Uhr statt.

Breslau, den 4. April 1929.

Der Vorstand der Synagogen-Gemeinde.

Zur Beachtung!

Wir übernehmen die Verantwortung für die rituelle Herstellung von Mazzoth und österlichem Gebäck nur bei solchen Firmen, die firmieren dürfen:

„Unter Aufsicht der Synagogen-Gemeinde",

nicht aber bei solchen, die „Unter Aufsicht" oder ähnliches ankünden.

Der Vorstand der Synagogen-Gemeinde.

Peßach-Milch.

Allen denen, die während des ganzen Jahres koschere Milch beziehen, wird die Milch auch während der Festwoche in das Haus gebracht. Ein weiterer Milch-Verkauf findet in dem Laden der Breslauer Molkerei, Berliner Straße, zu folgenden Zeiten statt: Mittwoch, den 24. April, 10—12 Uhr, Freitag, den 26. April, 12—14 Uhr, Sonntag, den 28. April, 10—12 Uhr, Montag, den 29. April, 10—12 Uhr, Dienstag, den 30. April, 10—12 Uhr.

Der Vorstand der Synagogen-Gemeinde.

Sederabende!

Unseren Gemeindemitgliedern bringen wir hiermit zur Kenntnis, daß die nachgenannten Restaurants

Sederabende

veranstalten:

Willy Kornhäuser, Lessing-Loge, Agnesstraße 5,
Freiburger Straße 9,
Restaurant Schaal, Tauentzienstraße 12,
Frau Littmann, Antonienstraße 16,
Frau Rosenstein, Antonienstraße 23,
R. Sußmann, Freiburger Straße 12.

Die beiden Letztgenannten stehen nicht unter Aufsicht der Synagogen-Gemeinde.

Breslau, im April 1929.

Der Vorstand der Synagogen-Gemeinde.

Warnung!

Wir konnten wiederholt feststellen, daß in der Stadt herumfahrende Brennholzverkäufer ihre Ware widerrechtlich an jüdische Haushaltungen für Rechnung der „Peah" anbieten. Dabei wird hauptsächlich auf die Leichtgläubigkeit des Dienstpersonals spekuliert, um den Käufern schlecht brennendes Abfallmaterial und minderes Gewicht aufzuhalsen.

Wir machen das brennholzkaufende Publikum unserer Gemeinde in deren eigenstem Interesse auf solche Manipulationen hiermit aufmerksam! —

Da diese Vorkommnisse aber auch geeignet sind, unser bekanntes Renommée zu schädigen, sei darauf hingewiesen, daß wir unseren sämtlichen Holzlieferungen gedruckte Begleitzettel, die mit unserem Namen versehen sind, mitgeben, auf Grund welcher jede beabsichtigte Täuschung sofort festgestellt werden kann. In letzterem Falle wären wir unseren Gönnern für eine schnelle nähere Benachrichtigung besonders dankbar.

Der Vorstand der „Peah", Jüdisches Brockenhaus, E. V.

Oeffentliche Bekanntmachung

Kirchensteuer und Synagogenbeitrag 1929.

I.

Vorbehaltlich der Genehmigung der Aufsichtsbehörden wird für das Kirchensteuerjahr 1929 (1. 4. 1929 bis 31. 3. 1930)

vom Parochialverband evangelischer Kirchengemeinden in Breslau ein Zuschlag von 10%,
vom Gesamtverband der katholischen Kirchengemeinden der Stadt Breslau und Umgegend ein Zuschlag von . . 12,5%,
von der Synagogengemeinde in Breslau ein Zuschlag von 11%

der Reichseinkommensteuer 1928 als Kirchensteuer (evangelisch, katholisch) beziehungsweise Synagogenbeitrag erhoben. Der Zuschlag wird berechnet

a) bei Pflichtigen, die zur Reichseinkommensteuer veranlagt werden, von der im Einkommensteuerbescheid festgesetzten Einkommensteuer für das Kalenderjahr 1928 oder für diejenigen vom Kalenderjahre abweichenden Steuerabschnitte, die im Kalenderjahr 1928 geendet haben,

b) bei Lohn- und Gehaltsempfängern, soweit die auf den Arbeitslohn entfallende Einkommensteuer nicht veranlagt wird, von den Lohnsteuerbeträgen im Kalenderjahr 1928.

Liegt im Zeitpunkt der kirchlichen Veranlagung eines Steuerpflichtigen das Ergebnis seiner Einkommensteuerveranlagung ausnahmsweise noch nicht vor oder ist in diesem Zeitpunkt die Feststellung seiner Lohnsteuerbeträge nicht erfolgt, so wird der Zuschlag von einem durch freie Schätzung ermittelten Maßstabsatz errechnet.

Ueber die sich hiernach ergebende Kirchen- oder Kultussteuer erhalten die Steuerpflichtigen Steuerbescheide, in denen die Höhe der Steuerschuld, die Zahlungstermine und die zuständige Kasse angegeben sind. Solange ein Steuerbescheid nicht zugestellt ist, haben die oben unter a genannten Steuerpflichtigen auf die endgültige Kirchen- beziehungsweise Kultussteuer Vorauszahlungen

für die evangelische Kirchensteuer mit 10%,
für die katholische Kirchensteuer mit 12,5%,
für den Synagogenbeitrag mit 11%

der jeweilig fälligen Reichseinkommensteuervorauszahlung zusammen mit dieser an die dafür zuständige Finanzkasse oder Reichssteuerhebestelle zu entrichten. Bei bargeldloser Zahlung oder bei Zahlung mit Postanweisung muß auf dem Empfängerabschnitt der Kirchen- oder Kultussteuerbetrag besonders angegeben sein und die Konfession vermerkt werden.

II.

Einsprüche sowie Anträge auf Stundung, Ermäßigung oder Erlaß sind unter genauer Angabe der Steuernummer oder der Nummer des Kirchensteuersollbuchs an die zuständigen Religionsverbände zu richten, nämlich:

1. wegen evangelischer Kirchensteuer
an den Parochialverband der evangelischen Kirchengemeinden, Höfchenstraße 31, Hinterhaus I, Sprechzeit werktäglich von 9 bis 1 Uhr;



2. wegen katholischer Kirchensteuer
   an den Gesamtverband der katholischen Kirchengemeinden der Stadt Breslau und Umgegend, Augustaplatz 2/5 (Eingang Ziegelgasse 1/3, I), Sprechzeit werktäglich nachmittags 5 bis 7¾ Uhr;
3. wegen des Synagogenbeitrags
   an den Vorstand der Synagogengemeinde, Wallstraße 9, Sprechzeit täglich (außer Sonnabend) 9 bis 1 Uhr.

Breslau, den 31. März 1929.

Die Finanzämter Breslau-Mitte, Süd, Nord und Land.

Ordnung des Gottesdienstes in den Gemeinde-Synagogen.

Alte Synagoge.

12. April: abends 18.50 Uhr.
13. April: morgens 6½, 8¾, Schrifterklärung 9¾, Schluß 19.26 Uhr.
14.—19. April: morgens 6½, abends 19 Uhr.
19. April: abends 19 Uhr.
20. April: morgens 6½, 8¾, Drascha 16, Schluß 19.39 Uhr.
21.—24. April: morgens 6½, abends 19 Uhr.
24. April: morgens 6½, סיום (Fast. d. Erstgeb.).
26. April: abends 19.20 Uhr.
27. April: morgens 6½, 8½, Schluß 19.52 Uhr.
28.—30. April: morgens 6½, abends 19½ Uhr.
3. Mai: morgens 6½, abends 19½ Uhr.
4. Mai: morgens 6½, 8½, Schrifterklärung 9½, Neumondweihe 9¾, Schluß 20.04 Uhr.
5.—10. Mai: morgens 6½, abends 19½ Uhr.
10. Mai: abends 19½ Uhr.
11. Mai: morgens 6½, 8½, Ansprache 9½, Schluß 20.18 Uhr.
12.—17. Mai: morgens 6½, abends 19½ Uhr.
17. Mai: abends 19½ Uhr.
18. Mai: morgens 6½, 8½, Schrifterklärung 9½, Schluß 20.30 Uhr.
19.—24. Mai: morgens 6½, abends 19½ Uhr.

Gottesdienst am Peßachfeste.

24. u. 25. April: abends 19¼ Uhr.
25. April: morgens 6½, 8½, Predigt 10 Uhr.
26. April: morgens 6½, 8½, Predigt 10 Uhr.
30. April u. 1. Mai: abends 19½ Uhr.
1. Mai: morgens 6½, 8½, Predigt 10 Uhr.
2. Mai: morgens 6½, 7½, 10*, Predigt und Seelengedenken 8½, 10¼*, Schluß 20.01 Uhr.

*) Beginnt mit Hallel.

Sidra: 13. April תוריע, 20. April מצרע, 4. Mai אחרי, 11. Mai קדשים, 18. Mai אמר.

Haftarah: 13. April ואיש בא מבעל שלשה, 20. April וארבעה אנשים, 4. Mai הלא כבני כשיים, 11. Mai כה אמר ה׳ השמים כסאי, 18. Mai והכהנים הלוים.

Das Lichtzünden muß am Freitag 5 Minuten vor Beginn des Gottesdienstes stattfinden.

Kalendarium April/Mai/Juni.

Wochentg.	April Mai	Adar II Nissan	
M.	1.	20.	
D.	2.	21.	
M.	3.	22.	
D.	4.	23.	
F.	5.	24.	
S.	6.	25.	פ׳ החדש שמיני Neumondweihe
S.	7.	26.	
M.	8.	27.	
D.	9.	28.	
M.	10.	29.	
		Nissan	
D.	11.	1.	ראש חדש
F.	12.	2.	
S.	13.	3.	תוריע
S.	14.	4.	
M.	15.	5.	
D.	16.	6.	
M.	17.	7.	
D.	18.	8.	
F.	19.	9.	
S.	20.	10.	מצרע שבת הגדול דרשה
S.	21.	11.	
M.	22.	12.	
D.	23.	13.	
M.	24.	14.	בדיקת חמץ עירוב תבשילין
D.	25.	15.	א׳ דפסח
F.	26.	16.	ב׳ דפסח
S.	27.	17.	שבת ח׳ המועד
S.	28.	18.	
M.	29.	19.	
D.	30.	20.	
	Mai		
M.	1.	21.	שביעי ש׳ פסח
D.	2.	22.	אחרון ש׳ פסח הזכרה
F.	3.	23.	
S.	4.	24.	פרק א׳ אחרי Neumondweihe

Wochentg.	Mai Juni	Nissan Ijar	
S.	5.	25.	
M.	6.	26.	
D.	7.	27.	
M.	8.	28.	
D.	9.	29.	
F.	10.	30.	א׳ דר׳ חדש
		Ijar	
S.	11.	1.	קדשים פרק ב׳ ב׳דר׳חדש
S.	12.	2.	
M.	13.	3.	
D.	14.	4.	
M.	15.	5.	
D.	16.	6.	
F.	17.	7.	
S.	18.	8.	פרק ג׳ אמר מברכין ב׳ ה׳ ב׳
S.	19.	9.	
M.	20.	10.	תענית שני
D.	21.	11.	
M.	22.	12.	
D.	23.	13.	תענית חמישי
F.	24.	14.	
S.	25.	15.	פרק ד׳ בהר
S.	26.	16.	
M.	27.	17.	תענית שני
D.	28.	18.	ל״ג בעמר
M.	29.	19.	
D.	30.	20.	
F.	31.	21.	
	Juni		
S.	1.	22.	פרק ה׳ בחקתי
S.	2.	23.	
M.	3.	24.	
D.	4.	25.	
M.	5.	26.	
D.	6.	27.	
F.	7.	28.	
S.	8.	29.	פרק ו׳ במדבר Neumondweihe

Für den Inserateninhalt übernimmt die Schriftleitung keine Verantwortung

Neue Synagoge.

Sabbathgottesdienst.

Freitag Abend 19 Uhr.
Sonnabend Vormittag 9 Uhr.
Predigt Freitag Abend 19¼ Uhr am 10., 17 und 31. Mai, Sonnabend Vormittag 9¾ Uhr am 25. Mai.
Neumondweihe 4. Mai 9½ Uhr.
Sabbathausgang 20. April 19.40 Uhr, 27. April 19.50 Uhr, 4. Mai 20.05 Uhr, 11. Mai 20.20 Uhr, 18. Mai 20.30 Uhr, 25. Mai 20.45 Uhr, 1. Juni 20.50 Uhr.
Sabbath-Nachmittagsgottesdienst ½ Stunde vor Sabbathausgang.

Thora-Vorlesung.

20. April: מצרע III. B. M. Kap. 14, Vers 1—32.
4. Mai: אחרי מות III. B. M. Kap. 17, Vers 1 bis Kap. 18, Vers 30.
10. Mai: ראש חדש I. B. M. Kap. 1, Vers 1—19.
11. Mai: 1. קדשים III. B. M. Kap. 19, Vers 1—28.
2. ראש חדש I. B. M. Kap. 1, Vers 14—19.
18. Mai: אמר III. B. M. Kap. 23, Vers 1—32.
25. Mai: בהר III. B. M. Kap. 25, Vers 29 bis Kap. 26, Vers 2.
1. Juni: בחקתי III. B. M. Kap. 26, Vers 3—42.

Jugendgottesdienst 16 Uhr.

Neue Synagoge: 20. April und 11. Mai.
Krankenhaus: 4. Mai.

Gottesdienst am Peßachfeste.

24. und 25. April: abends 19 Uhr.
25. und 26. April: vormittags 9 Uhr, Predigt 10¼ Uhr.
30. April und 1. Mai: abends 19½ Uhr.
1. Mai: vormittags 9, Predigt und Totenfeier 10¼ Uhr.
2. Mai: vormittags 9, Predigt 10¼ Uhr.
Festausgang 20 Uhr.

Thora-Vorlesung am Peßachfeste.

25. April: 1. II. B. M. Kap. 12, Vers 29—51.
2. IV. B. M. Kap. 28, Vers 16—18.
26. April: 1. III. B. M. Kap. 23, Vers 1—22.
2. IV. B. M. Kap. 28, Vers 16—18.
27. April: II. B. M. Kap. 33, Vers 12 bis Kap. 34, Vers 26.
28. April: II. B. M. Kap. 13, Vers 1—16.
29. April: II. B. M. Kap. 22, Vers 24 bis Kap. 23, Vers 19.
30. April: IV. B. M. Kap. 9, Vers 1—14.
1. Mai: II. B. M. Kap. 14, Vers 8 bis Kap. 15, Vers 21.
2. Mai: V. B. M. Kap. 15, Vers 19 bis Kap. 16, Vers 17.
Aus der zweiten Thorarolle vom 3.—8. Tage: II. B. M. Kap. 23, V. 6—8.

Gottesdienst an Wochentagen.

Morgens 6¾ Uhr.
Abends 19 Uhr.

Zur Wahrung der Würde und Ordnung des Gottesdienstes werden die Gemeindemitglieder dringend gebeten, pünktlich zum Gottesdienst zu erscheinen.

Jugendgottesdienste der Religions-Unterrichts-Anstalt I

im Sommerhalbjahr 1929.
Beginn: 4 Uhr.

4. Mai: Alte Synagoge. 11. Mai: Pinchas-Synagoge. 1. Juni: Alte Synagoge. 15. Juni: Alte Synagoge. 22. Juni: Pinchas-Synagoge. 29. Juni: Alte Synagoge. 17. August: Alte Synagoge. 24. August: Pinchas-Synagoge. 31. August: Alte Synagoge. 14. September: Alte Synagoge. 21. September: Pinchas-Synagoge.

Trauungen.

31. 3. 4 Uhr, Alte Synagoge: Frl. Charlotte Altmann, Reuschestraße Nr. 58/59, mit Herrn Max Tichauer, Nicolai O.-S.
31. 3. 5 Uhr, Alte Synagoge: Frl. Helene Weinert, Nikolaistraße 35, mit Herrn Hermann Nadersohn, Reuschestraße 27.
21. 4. 12½ Uhr, Neue Synagoge: Frl. Erna Bruck, Hohenzollernstraße 43, mit Herrn Rechtsanwalt Dr. Rudi Breitbarth, Carmerstraße 14.

Konfirmationen.

Barmizwah Alte Synagoge.

11. 5. Siegfried Ehrlich, Sohn des Herrn Georg Ehrlich und dessen Ehefrau Regina geb. Pinkus, Klosterstraße 2.
1. 6. Heinz Salz, Sohn des Herrn Rechtsanwalt Jacob Salz und dessen Ehefrau Meta geb. Wagner, Kürassierstraße 27.

Barmizwah Neue Synagoge.

20. 4. Kurt Wartenberger, Sohn des Herrn Julius Wartenberger und der Frau Ella geb. Goetz, Scheitniger Straße 52.

4. 5. Helmut Stein, Sohn des Herrn Arno Stein und der Frau Martha geb. Kaminski, Bockstraße 14.
11. 5. Adolf Mendelsson, Sohn des Herrn Rechtsanwalt Dr. Felix Mendelsson und der Frau Else geb. Berg, Charlottenstraße 25.
18. 5. Max Juliusburg, Sohn des Herrn Jakob Juliusburg und der Frau Berta geb. Schlesinger, Rosenthal, Obernigker Straße 138.
25. 5. Rudolf Steuer, Sohn des Herrn Bankier Max Steuer und der Frau Lina geb. Bry, Charlottenstraße 58/60.
25. 5. Franz Zanger, Sohn des Herrn Nathan Zanger und der Frau Marta geb. Jacobowitz, Steinstraße 14.

Barmizwah Alt-Glogauer Synagoge.

13. 4. Martin Branitz, Sohn des Herrn Isidor Branitz und seiner Ehefrau Hedwig geb. Litzner, Claassenstraße 3.
20. 4. Ludwig Pinczower, Sohn des Herrn Dr. Adolf Pinczower und seiner Ehefrau Lotte geb. Kober, Neue Schweidnitzer Straße 3.

Barmizwah Machsike Thora-Verein.

11. 5. Wolf Weitz, Sohn des Herrn Hirsch Weitz und der Frau Lea geb. Wachsmann, Antonienstraße 6.

Konfirmation der Mädchen

Neue Synagoge

Donnerstag, den 9. Mai, 10½ Uhr.
Konfirmandinnen:

Tilli Angres, Tochter des verst. Herrn Julius Angres und der Frau Fanny geb. Pniower, Augustastraße 60.
Betty Neumann, Tochter des Herrn Leo Neumann und der Frau Clara geb. Blasse, Hohenzollernstraße 71.

Austritte aus dem Judentum

in der Zeit vom 5. Februar bis 5. März 1929.
Kaufmann Karl Bonk, Reuschestraße 23.

Uebertritte in das Judentum

in der Zeit vom 6. März bis 5. April 1929.
Keine.

Zur Beachtung!

Es wird besonders darauf hingewiesen, daß der Vorstand (Ritualkommission) der Gemeinde für die rituelle Zuverlässigkeit der im Anzeigenteil des Gemeindeblattes empfohlenen Waren keine Gewähr übernimmt, soweit es sich nicht um Geschäfte handelt, die der Aufsicht der Gemeinde unterstellt sind.

Unter Aufsicht der Gemeinde stehen:

a) die Fleisch- und Wursthandlungen von
Heinrich Grünpeter, Goldene Radegasse 15; die Filiale Grünpeter, Höfchenstraße, für sämtliche Wurstwaren; für Fleisch nur in abgeteilten Stücken, die vorher im Hauptgeschäft bestellt werden müssen;
Heinrich Sachs Nachf., Goldene Radegasse 14; die Filiale Moschkowitz, Viktoriastraße 111a, für den Verkauf sämtlicher Wurstwaren; für Fleisch nur in abgeteilten Stücken, die vorher im Hauptgeschäft bestellt werden müssen und gesiegelt zu liefern sind;
Adolf Schrimmer, Höfchenstraße 22;

b) die Geflügelhandlungen von
Auguste Weißmann, Goldene Radegasse 27a;
Georg Wolff & Alexandrowicz, Markthalle, Gartenstraße;
Jacob Silber, Antonienstraße;
Josef Blatt, Markthalle II, Gartenstraße;

c) die Restaurants von
Willy Kornhäuser (Lessingloge), Agnesstraße 5;
Fanny Littmann, Antonienstraße 16;
Willy Kornhäuser, Freiburger Straße 9;
Schaal, Tauentzienstraße 12.

Nachruf.

Das Ableben des Herrn

Dr. Bruno Teichmann

erfüllt auch uns mit tiefer Trauer. Viele Jahre hindurch als eifriges Mitglied in unserem Fürsorge-Ausschuß tätig, hat der Verstorbene unsere Ziele und Aufgaben mit Rat und Tat gefördert und immer bereitwillig seine vielseitigen Erfahrungen in den Dienst der Wohlfahrtspflege gestellt.

Wir werden dieses lieben und treuen Mitarbeiters immerdar gedenken.

Jüdisches Wohlfahrtsamt.

Anzeige von Sterbefällen
nur an Beerdigungsinspektor Louis Neumann, Körnerstraße 16, Telephon 36 458, oder an
Israelitische Krankenverpflegungs-Anstalt, Hohenzollernstraße 96, Telephon: 300 47, 300 48, 384 11.

Beerdigungen.

Friedhof Lohestraße.

6. 3. Emanuel Pleßner, Augustastraße 51.
7. 3. Walter Petersdorff, Gabitzstraße 182/186.
8. 3. Minna Schweitzer geb. Joel, Salvatorplatz 8.
11. 3. David Tiefenbrunn, wohnhaft Renardowice, überführt nach außerhalb.
12. 3. Max Oelsner, Viktoriastraße 100.
15. 3. Eduard Steinfeld, Pawelwitz.
18. 3. Loebel Falk, Kirschallee 35.
20. 3. Direktor Carl Chrambach, Parkstraße 1.
22. 3. Salomon Löwenberg, Altbüßerstraße 59.
27. 3. Regina Weißenberg geb. Pese, Berlin-Wilmersdorf.
28. 3. Frl. Thekla Tischler, Kaiser-Wilhelm-Straße 88/90.
29. 3. Wanda Ehrlich geb. Cohn, Steinstraße 7.
29. 3. Laura Karfunkelstein geb. Brandy, Kastanienallee 11.
1. 4. Amalie Alexander geb. Goldschmidt, Eichendorffstraße 22/24.
2. 4. Hulda Pfeiffer geb. Altmann, Agnesstraße 7.
4. 4. Siegmar Rawicz, Freiburger Straße 23.

Beerdigungen.

Friedhof Cosel.

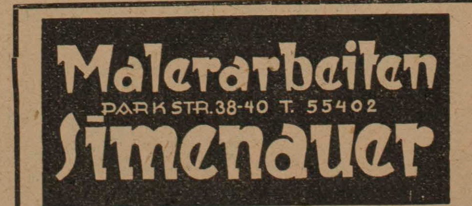
5. 3. Jenny Guttfreund, Goethestraße.
6. 3. Albert Rosenthal, Gutenbergstraße 19.
8. 3. Karl Friedeberger, Moritzstraße 21.
8. 3. Oskar Schlesinger, Gutenbergstraße 10.
10. 3. Ferdinand Meller, Moritzstraße 42.
11. 3. Elias Bresler, Freiburger Straße 5.
12. 3. Bruno Grätzer, Charlottenstraße 4.
13. 3. Ernestine Nellhaus geb. Feige, Museumplatz 9.
15. 3. Rosa Berger geb. Grätzer, Universitätsplatz 15 a.
15. 3. Schülerin Rosa Zloscewski, Graupenstraße 10.
17. 3. Bertha Ehrlich geb. Böhm, Gräbschener Straße 138.
18. 3. Siegmund Wolff, Neudorfstraße 18.
19. 3. Wilhelm Kuhn, Elsasser Straße 10.
19. 3. Jean Jacubowski, Herrenstraße.
20. 3. Abraham Chaim Mamlok, Luisenplatz 6.
22. 3. Ida Zorlig, Menzelstraße 93.
22. 3. Wolff Lewinski, Höfchenstraße 12.
24. 3. Jakob Bernhard Landau, Salvatorplatz 8.
25. 3. Salomon Windheim, Tauentzienstraße 12.
25. 3. Schülerin Rose Rachel Isbitzki, Moritzstraße 36.
29. 3. Leja Rykliene geb. Baß, Ukmerge
29. 3. Auguste Friedmann geb. Adler, Gutenbergstraße 32.
29. 3. Arthur Bujakowsky, Tauentzienstraße 65.
29. 3. Pauline Weber geb. Sprinz, Tiergartenstraße 26.
31. 3. Emma Weißmann geb. Süßmann, Herrnprotsch.
31. 3. Arthur Weigert, Hohenzollernstraße 127.
31. 3. Marcus Pick, Breitestraße 6.
3. 4. Adolf Gerstel, Goethestraße 8.
3. 4. Samuel Matzdorf, Sonnenstraße.
3. 4. Hermann Radlauer, Höfchenstraße 95.
3. 4. Ida Herzko geb. Hecht, Zimmerstraße 19.
4. 4. Amalie Courant geb. Cohn, Höfchenstraße 81.
4. 4. Rosa Siedner geb. Jacob, Alte Graupenstraße 7.

Aus dem Vereinsleben.

Jüdisch-liberaler Jugendverein „Abraham Geiger".

Auch der Monat März brachte unseren Mitgliedern reiche Anregung. So leitete am 3. März Hans M. Danziger eine Aussprache über „Strömungen im Judentum der Gegenwart" mit einem interessanten Referat ein. Am 13. März sprach Herr Dr. Ernst Heinrich Seligsohn, Berlin, über „Das Problem der Bibelübersetzung". Nach einer Behandlung des Wesens der Uebersetzung überhaupt, ging er auf die Bibelübersetzung im besonderen näher ein und machte seinen Zuhörern vor allem die Buber-Rosenzweig'sche Uebersetzungsauffassung verständlich. Am 20. März sprach Herr Kapellmeister Hans Krieg über „Jüdische Tonschöpfer des 19. Jahrhunderts" und bewies hierbei, gestützt auf musikalische Erläuterungen, daß die Juden nicht nur reproduktiv, sondern auch selbstschöpferisch tätig sind. Der 22. März brachte nach der auf unsere Anregung von der Gemeinde geschaffenen Freitagabend-Spätandacht bereits das zweite Mal ein gemeinsames Freitagabendessen des Jli. Es erfüllte in seiner schon bekannten Form (Kiddusch, Segenssprüche, Mahlzeit, Schirhamaalaus, Tischgebet) an Teilnehmeranzahl und Verlauf des





Abends seine bereits in der vorigen Nummer dieses Blattes dargelegte Aufgabe. Erwähnt seien noch unsere Arbeitsgemeinschaft „Die Propheten", ferner ein in seiner Durchführung glänzend gelungenes gemütliches Purimbeisammensein am 27. März, sowie eine Führung durch die Ausstellung des jüdischen Museums im Kunstgewerbemuseum. — Die Jüngeren-Gruppe (14—16 jährige Mädels und Jungen) hatte im Monat März einen Lesenachmittag „Heinrich Heine", einen interessanten Vortrag eines jüngeren Gruppenmitgliedes über „Ferdinand Lassalle", sowie zwei sehr rege Aussprachen mit einleitenden Referaten: „Religiöser Liberalismus" und „Friedensbewegung". — Am 3. April sprach Herr Gustav Glaser, Direktor des jüdischen Wohlfahrtsamtes, in der Hauptgruppe vor einer stattlichen Besucheranzahl über „Revolte im Erziehungshaus". Der Redner gab in seinem Referat interessante Aufschlüsse über das Fürsorgewesen im allgemeinen und über die jüdische Wohlfahrtspflege Niederschlesiens im besonderen. Wegen der vorgerückten Zeit konnten alle in der reichhaltigen Aussprache angeschnittenen Fragen nicht erschöpfend behandelt werden. Der Verein beschloß, im nächsten Winterarbeitssemester seine Mitglieder praktisch sozial tätig sein zu lassen.

Die Entwicklung unseres Vereins, das Anwachsen unserer Mitgliederzahl, die rege an der geistigen Arbeit sich betätigten, beweisen am besten die Berechtigung unserer Arbeit für ein religiös-fortschrittliches Judentum innerhalb unserer deutschen Heimat.

Anfragen sind zu richten an: Stud. jur. Erich Vulkan, Moritzstraße Nr. 13, und an Franz Meidner, Kaiser-Wilhelm-Straße 96.

Jüdischer Schwimmverein, Breslau.

Die Entwicklung des Schwimmsports unter der jüdischen Jugend nimmt dank der Rührigkeit des Jüdischen Schwimmvereins bei uns in Breslau einen erfreulichen Verlauf

In der außerordentlichen Generalversammlung konnte mit Befriedigung festgestellt werden, daß der Verein regste Unterstützung findet. Der Verein gibt allen jüdischen jungen Leuten Gelegenheit, unentgeltlich das Schwimmen zu erlernen. Gerade der Schwimmsport ist wie kein zweiter dazu geeignet, die körperliche Ertüchtigung und den Ausgleich für die berufstätigen Stadtmenschen in gesundheitlicher Beziehung zu fördern. Alle, die jetzt als Schulentlassene in das Berufsleben eingetreten sind, sollten bedacht sein, auf ihre körperliche Entwicklung mehr als früher zu achten.

Die Schwimmabende finden jeden Donnerstag, abends von 21 bis 22 Uhr, im Breslauer Hallenschwimmbade statt. Junge Leute, die sich dem Schwimmsport widmen und auch diejenigen, die das Schwimmen erlernen wollen, haben Gelegenheit, sich in der Geschäftsstelle bei Herrn Erich Danziger, Tauentzienstraße 50, anzumelden.

Durch die Anstellung eines Trainers ist, neben dem Schwimmbetrieb, auch ein systematischer Sportbetrieb ins Leben gerufen worden.

Die soziale Gruppe

gibt durch ihre Haushaltungs- und Hausgehilfinnen-Schule Mädchen Gelegenheit, alle Gebiete der Hauswirtschaft, wie Kochen und Backen, Aufräumen, Tischedecken, Servieren, Waschen und Plätten, Stopfen und Nähen, Gesundheitslehre, Säuglings- und Krankenpflege etc. zu erlernen.

Die allgemeine schwere wirtschaftliche Lage schränkt die Nachfrage nach kaufmännischem Personal fast vollkommen ein.

Dagegen wächst täglich das Bedürfnis nach geschultem jüdischen Hauspersonal und die Annehmlichkeit und Sorglosigkeit in einer guten Hausstellung als Stütze, Haustochter, Hausgehilfin usw. wird immer mehr in Kreisen der weiblichen Jugend erkannt.

Aber auch die Mädchen, die auf einen Beruf nicht angewiesen sind, sollten sich wieder hauswirtschaftliche Kenntnisse aneignen, um später einmal ihren Haushalt ordnungsgemäß führen zu können.

Schülerinnen, die das Kindergärtnerinnen-Seminar besuchen wollen, brauchen jetzt auch hauswirtschaftliche Ausbildung und müssen den Nachweis einer hauswirtschaftlichen Vorbildung erbringen.

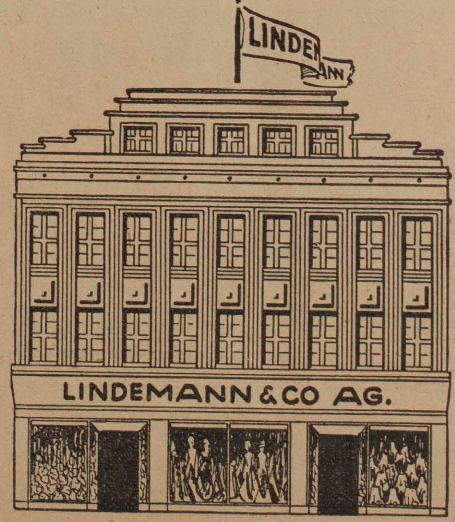
Wir machen ferner darauf aufmerksam, daß wir auch berufstätigen Mädchen aus anderen Berufen, die in Breslau Ausbildung genießen, ein schönes Heim und gute Pension in unserer Institution gewähren.

Der Verein zur Förderung ritueller Speisehäuser, e. V.

in Hamburg beabsichtigt, eine Mensa academica für jüdische Studenten in Heidelberg zu errichten. Studenten, die im kommenden Semester in Heidelberg studieren wollen und an der zu errichtenden Mensa Interesse haben, werden gebeten, sich bei der Geschäftsstelle des oben genannten Vereins, Hamburg 1, Dornbusch 4, zu melden.

Vereinigung traditionell-gesetzestreuer Rabbiner.

Die Pessachliste über Verwendbarkeit von Arzneimitteln und Arzneiverordnungsvorschlägen für Pessach ist in unveränderter vorjähriger Ausgabe bei der Lebensmittel-Kommission der Vereinigung traditionell-gesetzestreuer Rabbiner Deutschlands, Berlin NW. 6, Philippstraße 7/8, bei Munk gegen Einsendung von 1.10 R.-Mk. zu beziehen.







Mitteilungen des Reichsbundes jüd. Frontsoldaten

E. V. Ortsgruppe Breslau E. V.

I. Die große Beteiligung bei unserer Veranstaltung, Führung durch die „Jüdische Ausstellung" im Kunstgewerbemuseum, hat bewiesen, welch reges Interesse diese Führung bei unseren Mitgliedern erweckt hat. Besonders beifällig wurde aufgenommen, daß der Führer, Herr Rabbiner Dr. Halpersohn, auch Tatsachen mitteilte, die nicht im Katalog verzeichnet waren.

II. Unser Purimfest nahm einen gemütlichen Verlauf. Die Darbietungen wurden mit reichem Beifall aufgenommen. In vorzüglicher Stimmung wurde bis 3 Uhr dem Tanz gehuldigt.

III. In unserer Mitgliederversammlung am 2. April, die wegen des überaus schlechten Wetters leider nur spärlich besucht war, hielt nach Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten Herr Direktor Glaser, Leiter des Jüdischen Wohlfahrtsamtes, einen sehr interessanten und fesselnden Vortrag über „Die Revolte im Erziehungshaus". Ausgehend von dem bekannten Stück Lampels, beleuchtete der Redner die rechtliche und die tatsächliche Seite der Fürsorgeerziehung, mit ihren Mängeln und ihren Besserungsmöglichkeiten. An den Vortrag knüpfte sich eine längere Aussprache, die bewies, daß die Ausführungen des Redners hohes Interesse erweckt haben.

IV. Wer kann Auskunft geben über die Regimenter 352 und 353 der Alten Armee, die während des Krieges angeblich in Schlesien aufgestellt waren?

V. Die vom C. V. zusammengestellte Liste der nichtjudenfreundlichen Kurorte und Gasthäuser liegt in unserm Büro, Ring 50 (bei Keiler), zur Einsicht aus.

VI. Wir beklagen den Tod unseres lieben Ehrenkameraden Siegmund Wolff, 82 Jahre alt. Wir werden sein Andenken in Ehren halten.

Schluß des redaktionellen Teiles.

Geschäftliches.

In dem in der März-Ausgabe erschienenen Inserat der **Dampf-Wäscherei der Hausfrau K W 60,** Kaiser-Wilhelm-Straße 60, hat sich infolge eines bedauerlichen Versehens des Verlages ein Fehler eingeschlichen. Wir stellen deshalb berichtigend fest, daß der Text dieses Inserates den von der Firma gemachten Angaben zum Teil nicht entspricht, und verweisen nochmals auf heutiges Inserat der Firma.

Die altbekannte Koebner'sche Buchhandlung, jetzt Schmiedebrücke 29a, nahe der Universität, empfiehlt sich zum Bezuge von Schulbüchern, zum Teil auch antiquarisch, für alle Breslauer Schulen. Näheres ist aus dem Inserat in vorliegender Nummer ersichtlich.

Was ist „Fleisch-Konzentrat Columbus"? Den Bedürfnissen des rituellen Haushalts entsprechend, welchem bisher ein auf ritueller Grundlage hergestellter Fleischextrakt fehlte, bringt die Fleischkonzentrat-Gesellschaft, Berlin NW. 87, unter dem Namen „Columbus"-Fleisch-Konzentrat" einen solchen auf den Markt. Das Fleisch-Konzentrat Columbus wird als Brotaufstrich, als Fleischbrühe, als Fleischzusatz, zu Suppen und zu Saucen verwendet. Es ist ungewürzt und wird auch als Krankenkost empfohlen.

Die Konzert-Direktion Hainauer zeigt folgende Veranstaltungen an: Am Dienstag, den 23. April, findet im großen Saal der Matthiaskunst ein Abend „Heitere Kompositionen Breslauer Tonsetzer (Fritz Koschinsky, Carl Sczuka, Heinz Vogt, Josef Wagner, Hans Zielowsky) statt. Ausführende sind: Ria Römer (Rezitation), Alice Weitzen (Sopran), Carl Brauner (Tenor), Maximilian Hennig (Violine). — Am 27. April findet im Kammermusiksaal der Kammermusikabend von Hanna Schmack (Geige), Hans Riphahn (Bratsche), Käthe Sträußler (Klavier) statt. Programm: Jongen Trio Op. 30 / Jirák Sonate für Bratsche und Klavier, Op. 26 / Schubert Fantasie für Violine und Klavier, Op. 159. — Am Dienstag, den 30. April findet im Kammermusiksaal ein Chorkonzert: Heinrich Haberstrohm statt. — Der Schnelle'sche Frauenchor gibt am Freitag, den 3. Mai, im Mozartsaal ein Konzert unter Leitung seines Dirigenten Wilhelm Sträußler. — Karten für sämtliche Veranstaltungen bei Hainauer, nur Schweidnitzer Straße 52.

Erweiterung des Pianofortemagazins J. Großpietsch. Das in Schlesien allseits bekannte und überall gut renommierte Pianofortemagazin J. Großpietsch, Breslau, Schweidnitzer Stadtgraben 22, Ecke Taschenstraße, das außerdem in Hindenburg, Oppeln und Waldenburg Filialen unterhält, hat seinen bisherigen Verkaufsräumen in der ersten Etage nun auch Ausstellungsräume nach der Straße hin angegliedert. Die Firma führt neben den allerersten Weltmarken, wie Bechstein, Blüthner, Feurich, Ibach, Irmler, Niendorf, C. J. Quandt, Berlin, Steinway & Sons, Thürmer etc., sowie den bekannten Harmoniummarken Hofberg und Mannborg etc., auch allerbilligste, aber nur einwandfreie und ausgeprobte Instrumente, schon von 900 Mark an. Besonders beliebt sind die im Verhältnis zu der von berufener Seite anerkannten Qualität ganz besonders billigen Spezialmodelle. Nach wie vor befindet sich das unerreicht große Lager von zirka 250 Instrumenten in den oberen Prachtsälen, die jedem Kauflustigen zur Besichtigung völlig unverbindlich zur Verfügung stehen. Die Zahlungsbedingungen sind der Zeit entsprechend so eingerichtet, daß auch jeder Minderbemittelte leicht ein erstklassiges Pianino erwerben kann.